



**Starterkonferenz der Partnerstädte
Berlin, Brüssel, Budapest, Istanbul, London,
Madrid, Moskau, Paris, Prag, Warschau**
14. bis 16. November 2005 in Berlin

Interkulturelles Lernen und transnationaler Dialog

Menschenrechtsbildung;
Prävention von Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie
und Intoleranz (RAXI);
Partizipation von Jugendlichen

gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms
„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Berlin
Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Sport

Impressum

Herausgeber:
Centre Français de Berlin
Müllerstr. 74
D – 13349 Berlin
Tel. : +49 30 459 793 99
Fax: +49 30 459 793 55

Internet:
www.centre-francais.de

eMail:
info@centre-francais.de

Ansprechpartnerin:
Anna Royon-Weigelt
Alice Petrotchenko, i. V. bis September 2006

Inhalt

- 4 Hartmut Brocke
Co-Geschäftsführer der Centre Français de Berlin gGmbH
Grußwort
- 5 Guillaume Dufresne
Co-Geschäftsführer der Centre Français de Berlin gGmbH
Grußwort
- 7 Antje Rothemund
Leiterin des Europäischen Jugendzentrums Budapest
Europarat
Eröffnungsrede
- 10 Alexander Bartling
Kongress der Gemeinden und Regionen Europas
des Europarates
**Eröffnungsrede „Interkulturelles Lernen und
Transnationaler Dialog“**
- 14 Dr. Lutz Möller
Deutsche UNESCO-Kommission
Eröffnungsrede
- 17 Peter Lauritzen
Abteilungsleiter, Direktion Jugend und Sport des Europarates
**Die soziale Stadt als Raum für Bürgerbeteiligung in der
Menschenrechtsbildung für junge Menschen**
- 23 Ulrich Bohner
Exekutivdirektor des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas
des Europarates
**Die Charta der Partizipation von Jugendlichen am Leben der
Gemeinden und Regionen als Instrument für die Menschenrechts-
bildung**
- 28 Hartmut Brocke
Co-Geschäftsführer der Centre Français de Berlin gGmbH
Ziele, Methoden und das Programm der Konferenz
- 31 Péter Wootsch
Freiberuflicher Experte und Trainer
Einführung zur Methode „Agora-Café“
- 34 **Bericht über die europäische Starterkonferenz**

Grußwort

Guten Tag, meine Damen und Herren,

ich heiße Hartmut Brocke und bin einer der Co-Geschäftsführer des Centre Français de Berlin. Ich möchte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich sehr, dass wir Gäste aus Brüssel, Budapest, Istanbul, London, Madrid und Moskau, Paris, Prag, Warschau und Berlin hier haben.

Wir haben eine Starterkonferenz mit Ihnen, mit uns vor. Wir wollen über Menschenrechtsbildung, Prävention von Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie, Partizipationen von Jugendlichen mit Ihnen arbeiten. Wir haben vor, dass dies keine Eintagsfliege ist, sondern dass wir einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch, einen Lernprozess eingehen und wir werden unterstützt von Schirmherren. Das ist zum einen der Europarat, einmal durch die Direktion „Jugend und Sport“ vertreten - ich begrüße Frau Rothemund und Herrn Lauritzen - zum anderen der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats, der von Herrn Bohner und Herrn Bartling hier vertreten ist. Vielen Dank, dass Sie uns bei der Vorbereitung unterstützt haben.

Wir haben einen weiteren Schirmherren: Das ist die Deutsche UNESCO-Kommission und ich begrüße Herrn Dr. Möller. Ich bedanke mich natürlich auch bei unseren Förderern und Geldgebern: Das ist das „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“, für die heute Frau Damerau hier ist. Herzlich Willkommen. Und bei der „Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport“, für die Herr Schulz und Frau Hermanns anwesend sind. Auch Sie herzlich willkommen.

Ich begrüße ganz besonders unsere Trainerinnen und Trainer, die ja schon gearbeitet haben die ganze Zeit – auch mit Ihnen. Und ich begrüße die Beobachter der Konferenz. Das sind NROs (also Nichtregierungsorganisationen), die zum einen mit dafür sorgen sollen, dass wir sozusagen nicht neue Netzwerke gründen, sondern dass wir bestehende Netzwerke kennen lernen und dass wir unsere Aktivitäten mit diesen bestehenden Netzwerken verknüpfen können.

Meine Rolle wird jetzt sein, dass ich die einzelnen Redner für die Grußworte hier nach vorne bitte. Dann werde ich Ihnen kurz die Ziele der Konferenz, der Starterkonferenz, noch einmal erläutern. Und dann wird Frau Royon-Weigelt Ihnen etwas über die technischen Rahmenbedingungen mitteilen, dass Sie gut informiert sind und dass Sie auch nicht verloren gehen, wenn wir durch Berlin fahren. Und dann fängt es richtig an.

Ich freue mich, dass ich Ihnen meinen Kollegen aus Paris, den Co-Geschäftsführer des Centre Français de Berlin, Guillaume Dufresne, vorstellen darf und bitte ihn, die Grußworte an Sie zu richten.

Grußwort

Nach Hartmut Brocke, meinem Kollegen und Co-Geschäftsführer des Centre Français de Berlin, möchte nun auch ich Sie, auch im Namen von Anna Royon-Weigelt, hier für die drei Tage, die noch vor uns liegen, herzlich begrüßen. Es ist eine große Ehre für das Centre Français de Berlin, diese erste Starter-Konferenz organisieren zu dürfen. Zehn Städte sind hier repräsentiert. Es ist eine große Verantwortung diese Konferenz zu organisieren, aber es ist auch ein großes Vergnügen für uns gewesen.

Wir konnten diese Konferenz leider nicht im Centre Français organisieren. Dort waren bereits andere Veranstaltungen geplant und wir hätten nicht alle Teilnehmer aufnehmen können. Es war wichtig, dass wir während dieser drei Tage uns unter einem Dach befinden und aus diesem Grund hat das Organisationsteam es vorgezogen, es hier stattfinden zu lassen. Wir hoffen, dass Sie während dieser drei Tage und während ihres Aufenthalts in Berlin die Möglichkeit haben werden, die Stadt und auch das Centre Français de Berlin kennen zu lernen.

Es ist ein sehr außergewöhnliches und einmaliges Zentrum. Wir existieren seit 10 Jahren und es wurde auf deutsche und französische Initiative hin gegründet. Darum heißen wir Centre Français de Berlin. Es ist also nicht nur französisch – im Gegenteil: Es ist ein deutsch-französischer Kern, der sich auf den Austausch bezieht - und besonders auf den Jugendaustausch zwischen diesen zwei Ländern.

Wir organisieren viele Aktivitäten. Wir organisieren Praktika, Treffen, verschiedene Reisen. Wir haben auch ein Büro gegründet, um Jugendlichen in Europa helfen zu können, Praktika auf europäischer Ebene zu absolvieren. Allerdings ist es heute komplizierter solche Programme durchzuführen, da es heute 25 statt 15 europäische Mitgliedstaaten gibt. Wir wollen aber einen lebendigen Austausch von Jugendlichen zwischen unseren Ländern haben und eine der Aufgaben des Centre Français ist es, dies zu ermöglichen.

Wir haben auch noch eine andere Aufgabe, die sich auf die aktuelle Problematiken beziehen. Das Deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Berliner Senat haben uns im Rahmen des entimon-Programms beauftragt, uns aktiv mit Themen wie Jugendpolitik, Verhinderung von Gewalt und Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit usw. zu befassen.

Während der kommenden drei Tage werden wir uns mit einer der Hauptaufgaben des Centre Français beschäftigen. Und ich bin der Meinung, dass diese Fragen von größerer Aktualität sind als je zuvor. Ich wohne in Paris. Sie wissen, was momentan in Frankreich passiert. Es ist eine explosive Situation. Manche sagen, dass die Probleme dieser überbevölkerten städtischen Regionen etwas sind, was entsprechende Reaktionen erfordert. Das sagen wir bereits seit 15 oder 20 Jahren. Wir wollten immer Reaktionen. Aber jetzt ist leider das passiert, was passiert ist. Und nicht nur in der Pariser Region, sondern überall in Frankreich. Es ist schwierig, damit umzugehen. Dieses zeigt aber die Aktualität des Themas, das wir hier in den nächsten drei

Tagen behandeln werden. Wir hatten Rückschläge, besonders was die Vorbeugung von Gewalttaten betrifft, aber auch im Bezug auf die Integration von Ausländern.

Und heute ernten wir, was gesät wurde. Es gab Warnungen, aber das, was jetzt stattfindet, fand in der Vergangenheit bereits woanders statt. Auch in den Städten, die hier vertreten sind. Wir müssen jetzt wirklich etwas gegen dieses Problem unternehmen. Unser Wunsch ist, dass diese dreitägige Konferenz keine große Offizialität gewinnt, sondern dass es eine wirkliche Arbeitssitzung ist, wo wir uns die Sachen so sagen, wie sie sind.

Denn die Probleme sind da, wir sehen sie heute vor Ort, Tag für Tag. Und ich denke, dass diese Konferenz wichtig ist und dass wir am Ende dieser drei Tage sagen werden, dass wir gute Arbeit geleistet haben. Und wir werden gute Arbeit leisten, wenn wir Nutzen aus unseren verschiedenen Erfahrungen ziehen indem wir diese besprechen. Wir sollten uns auch darüber bewusst sein, dass es verschiedene Niveaus der Verantwortung, beispielsweise zwischen gewählten Volksvertreter und jenen gibt die in Nichtregierungsorganisationen oder an anderen Positionen arbeiten.

Wir haben alle eine Rolle zu übernehmen, um zu versuchen, positiv auf die verschiedenen Phänomene zu reagieren, die in Frankreich heute beobachtet werden können. Wir müssen sehen, dass es eine Gefahr gibt, wenn wir nicht reagieren, da die Situation sich noch verschlimmern könnte. Es kann noch zu weitaus brutaleren Ergebnissen kommen.

Ich hoffe, dass diese Konferenz uns die Möglichkeit geben wird, unsere Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, auszutauschen. Es reicht nicht, sich nur ab und zu zu treffen. Es ist sehr wichtig einen regelmäßigen Austausch einzuleiten und wir hoffen, dass dieser in der Zukunft auch weiter funktionieren wird.

Ich wünsche uns allen drei gute Arbeitstage.

Eröffnungsrede

Sehr geehrte Damen und Herren,

als sich das CFB zum ersten Mal wegen der Organisation dieser Konferenz an die Jugendabteilung des Europarates wandte, erhielten wir folgende Anfrage:

„Wir möchten einen bedeutenden Beitrag zur Jugendpartizipation bei der Förderung der Menschenrechtsbildung leisten. Wir wissen, dass die Jugendabteilung des Europarates über mehr als 30 Jahre Erfahrung bei der Einbindung Jugendlicher in die Förderung interkultureller Bildung als Mittel zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz verfügt. Wir wollen nicht etwa das Rad neu erfinden, oder wiederholen, was bereits getan wurde. Wir möchten vielmehr einen Schritt weiter gehen und auf bereits bestehendem Wissen aufbauen.“

Dies war die Basis, auf der das Format dieser Konferenz entwickelt wurde. Wenn verschiedene Partner beginnen etwas gemeinsam zu planen, ist der erste Schritt stets eine Bestandsaufnahme und Beurteilung des von den Partnern geteilten Wissens, ihrer Fähigkeiten und Motivation, sowie der Möglichkeiten sich gegenseitig zu ergänzen.

Was kann die Jugendabteilung des Europarates diesbezüglich bieten?

Was wir bieten können, das sind unsere Kenntnisse und Erfahrungen mit Jugendlichen, welche bezüglich der Menschenrechte einen außerordentlichen Beitrag zur Schaffung einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft leisten können.

Dieser Beitrag wird auch von Regierungen und Kommunalverwaltungen anerkannt und stark gefördert. Im Laufe dieses Tages werden meine Kollegen vom Kongress der Gemeinden und Regionen Europas die in diesem Bereich ergriffenen Maßnahmen besprechen.

Wir können unsere bewehrten und fortlaufenden Erfahrungen mit der Menschenrechtsbildung bieten – eine der wichtigsten Bezugsquellen für diese Konferenz ist „KOMPASS – Handbuch zur Menschenrechtsbildung für schulische und außerschulische Bildungsarbeit“. Es wird seit vielen Jahren erfolgreich in fast allen der 46 Mitgliedstaaten des Europarates und auch darüber hinaus angewendet. Sein Erfolg hat uns viel gelehrt. Es hat uns beispielsweise gelehrt, dass Jugendliche nicht nur an ihrem eigenen Vorteil interessiert sind, sondern sich mit Begeisterung für das Wohl der sie umgebenden Welt einsetzen. Wir Europäer teilen Errungenschaften wie die europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, ein Abkommen des Europarates, das weltweit als das effektivste regionale System zum Schutze der Menschenrechte gilt.

Die Konvention wurde direkt nach dem Zweiten Weltkrieg als Antwort auf einige der schlimmsten Formen des Krieges und der Barbarei, welche die Menschheit je erfahren hat, geschaffen. Die Gesetzestexte und Kontrollmechanismen geben uns in

Zeiten der Unsicherheit und des Wandels halt.

Die Anerkennung und Anwendung der Werte der Menschenrechte im täglichen Leben kann jedoch nicht allein durch Gesetzestexte gesichert werden. Sie müssen von allen verstanden, geschützt und genährt werden.

Junge Menschen sind motiviert und engagiert, sich für Menschenrechte, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Freiheit und gegen Diskriminierung einzusetzen.

Gerade jetzt, wo wir die Bilder junger randalierender Menschen in französischen Vorstädten im Kopfe haben, dürfen wir nicht den Fehler begehen Jugendliche erneut als Aggressoren und Gewalttäter zu brandmarken, wo doch Gewalt eine der häufigsten Ausdrucksformen von Menschenrechtsverletzungen ist. Wir sollten uns vielmehr bewusst machen, dass jeder, ob jung oder alt, gleichzeitig Opfer, Täter oder Beobachter von Menschenrechtverletzungen sein kann. Wir müssen uns gemeinsam bemühen Menschen dazu zu ermutigen und zu befähigen, Vorkämpfer der Menschenrechte zu werden, mit Mut Rechte und universelle Werte im täglichen Leben für sich selbst und für andere zu verteidigen. Aus diesem Grund setzt die Menschenrechtsbildung einen Schwerpunkt auf die Förderung der Gleichheit und Menschenwürde und geht weit über die bloße Verbreitung von Informationen über existierende Gesetze hinaus.

Es gibt in der öffentlichen Bildung, der Politik und der Erforschung und Entwicklung der Zivilbevölkerung viele Strategien, die alle ein großes Defizit gemeinsam haben: Ein Mangel an Kooperation zwischen verschiedenen Sektoren und an verstärkten intersektoralen und multidisziplinären Ansätzen. Dies hat zur Folge, dass keine Nachhaltigkeit der Maßnahmen garantiert werden kann.

Das führt mich zu dem innovativen Charakter dieser Konferenz:

Lokale Verwaltungen aus zehn europäischen Großstädten, Jugend- und Menschenrechtsorganisationen sowie internationale Organisationen arbeiten zusammen um nachhaltige Lösungen für gemeinsam definierte Herausforderungen zu entwickeln. In den nächsten drei Tagen werden wir die Möglichkeit haben, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Es mag banal klingen, aber eine der aufregendsten Herausforderungen der Veranstaltung wird der Dialog zwischen den Teilnehmern sein. Interkulturelles Lernen bedeutet Stereotype und Vorurteile zu überwinden, es bedeutet auch, „den Anderen“ und die „Andersartigkeit“ kennen und verstehen zu lernen. Dies gilt für das Leben in unseren multikulturellen Gesellschaften ebenso wie für das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Arbeitskulturen und Kommunikationsmuster. Um zu verstehen, was NROs und lokale Verwaltungen gemeinsam haben, müssen wir die Unterschiede ihrer jeweiligen Ansätze begreifen.

An diesem Nachmittag wird die „Agora“ Raum für die Besprechung von Beispielen guter Kooperation zwischen der öffentlichen Verwaltung, privater Organisationen und Jugendlichen bieten. Ich bin sicher, dass es dort viele solcher guter und innovativer Beispiele geben wird. Auch wenn ich mich damit nicht ganz an ‚political correctness‘ und den ‚positive thinking-Ansatz‘ halte, möchte ich Ihnen ein „Beispiel schlechter Praxis“ solcher Kooperation zwischen Jugendlichen und der lokalen Verwaltung veranschaulichen, ein Beispiel aus einem anderen Arbeitsfeld.

In der Hauptstadt einer der nördlichen Länder, war die kommunale Verwaltung mit zunehmendem Schaden an ihren Gebäuden und Fahrzeugen durch Graffiti und Kratzer konfrontiert, der überwiegend von Jugendlichen verursacht wurde. Mit Hilfe eines Sozialarbeiters wurde ein Treffen der Graffitikünstler und der kommunalen Transportverwaltung organisiert. Es versteht sich von selbst, dass schon allein das Zustandekommen dieses Treffens ein Erfolg bedeutet, da die „Geheimhaltung“ ihrer Aktionen zur Subkultur vieler Gruppen von Graffitikünstlern und Sprayern gehört. Wie dem auch sei, das Treffen fand nach einigen Wochen der Vorbereitung statt. Natürlich hatten die Jugendlichen die Information erhalten, dass das Ziel des Treffens das Finden eines akzeptablen Kompromisses war: Eine Möglichkeit für die Jugendlichen, ihre Graffitis zu machen, und gleichzeitige eine Reduzierung des Schadens, welcher der kommunalen Transportverwaltung entstand. Um es kurz zu machen: Während des Treffens wurden Fotos von den Jugendlichen gemacht, die dann hinterher an alle Bahnstationen mit der Anweisung verteilt wurden, diese Individuen auszuweisen, sobald sie die Gebäude betraten oder sich einem öffentlichen Verkehrsmittel näherten.

Es ist überflüssig darauf hinzuweisen, dass dies kein positives Beispiel für Vertrauensbildung sein kann.

In diesem Sinne vertraue ich darauf, dass wir unsere gemeinsame Zeit hier optimal nutzen werden, um zuzuhören, die gegenseitigen Interessen und Motivationen zu verstehen und das Ziel zu verfolgen, eine nachhaltige Kooperation in der Menschenrechtsbildung und Jugendpartizipation zu entwickeln.

Die Organisatoren haben die Veranstaltung bewusst als „Starterkonferenz“ betitelt. Lasst uns hier und jetzt das „interkulturelle Lernen und den transnationalen Dialog“ starten.

Alexander Bartling,
Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates

Eröffnungsrede „Interkulturelles Lernen und Transnationaler Dialog“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Der wichtigste Grundsatz im Zusammenleben einer Gesellschaft ist der Respekt des Anderen, dieser Grundsatz beruht auf Gegenseitigkeit, wenn der Respekt vor dem Anderen und seiner Andersartigkeit fehlt sind Ausschreitungen keine Grenzen mehr gesetzt, wie die Vorfälle in Clichy-sous-Bois und in anderen Pariser Vororten es uns deutlich vor Augen geführt haben.

Auch der Europarat hat keine Patentrezepte anzubieten, wohl aber hat er Instrumente, „Tools“ zur Mitwirkung und Gestaltung in einer demokratischen Gesellschaft erarbeitet, die bisher noch zu zögerlich umgesetzt wurden.

Ich möchte hier ein Zitat von Erich Fromm einbringen der gesagt hat: „Jede Steigerung der Freude, die eine Kultur bieten kann, wird mehr zur sittlichen Erziehung ihrer einzelnen Glieder beitragen als alle Strafordnungen und Tugendpredigten“.

Was will er uns damit sagen? Sich als ein nützlicher, wertvoller Teil einer Gesellschaft zu empfinden, ist entscheidend.

Die Jugendlichen in Paris und anderswo, sehen eben genau diese Perspektive für sich nicht mehr, weder jetzt noch in absehbarer Zukunft. Sie fühlen sich ausgeschlossen und an den Rand eines gesellschaftlichen Systems gedrängt, dass für sie keine Verwendung mehr hat. Genau hier muss die Arbeit der gewählten Kommunal- und Regionalvertreter einsetzen.

Aktive Mitwirkung der Jugendlichen auf lokaler und regionaler Ebene kann hier zu einer Brücke werden, zum besseren gegenseitigen Verständnis durch konkrete Zusammenarbeit, zwischen allen Beteiligten, Jugendlichen, Politikern, Sozialarbeitern und Lehrern.

Demokratieförderung und Partizipation sind entscheidend für unsere Arbeit im Europarat.

Diese beiden Begriffe gehen Hand in Hand und sind Schlüsselbegriffe auf dem Weg zu mehr politischem Engagement und weniger Politikverdrossenheit.

Sowohl in Europa als auch in Deutschland haben wir erkannt, dass soziales Engagement und Partizipation für Jugendliche ein Schwerpunkt einer jeden Regierungarbeit sein muss. Nur so können wir der sich ausweitenden Politikverdrossenheit und Frustration etwas entgegenstellen.

Bei vielen jungen Menschen sind die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung einfach nicht gegeben; sie haben kein Vertrauen in die politisch Handelnden, das politische Interesse ist gering und es fehlt weitgehend das Wissen um Rechte und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten.

Hier sind wir alle gefordert. Unsere Konferenz in Berlin bietet uns die Möglichkeit, Jugendvertreter und kommunale Entscheidungsträger und Trainer zusammen zu bringen, Erfahrungen und Ideen auszutauschen und an veränderte Gegebenheiten anzupassen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und Ihnen einige Elemente und Politikansätze vorzustellen.

Wir begrüßen und unterstützen Initiativen, wie die der Bundesregierung, welche auf verbindliche Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche auf allen politischen Ebenen setzt.

Im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für eine Kindergerechte Welt und im Rahmen gezielter Initiativen wie „Projekt P – misch dich ein“, werden Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche entwickelt und erprobt. Hinter „Projekt P – misch dich ein“ stehen wichtige Partner: das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundesjugendring, diese Initiative zur Förderung der politischen Beteiligung durch.

Angesprochen werden Kinder und Jugendliche im ganzen Bundesgebiet zwischen 12 und 25 Jahren. Die Initiative fordert aber auch Politikerinnen und Politiker dazu auf, sich Jugendlichen gegenüber mehr zu öffnen.

Genau das ist das Bestreben des Europarates und seiner Revidierten Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region.

Demokratie- und Toleranzerziehung sind Schwerpunkte der Jugendpolitik bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus. Der Europarat hat, anlässlich seines 3ten Gipfel in Warschau, im Mai diesen Jahres, sich besonderes diesem wichtigen Ziel verschrieben. Zahlreiche Aktionsprogramme „Entimon“ und „Xenos“ befassen sich deshalb besonderes mit den Fragen der Erziehung und Stärkung demokratischen Verhaltens und zivilen Engagements und der Förderung von Toleranz und Weltoffenheit.

Der Europart hat sich in diesem Jahr verstärkt der Erziehung, als Mittel der Förderung des staatsbürgerlichen Bewusstseins verschrieben und ist dabei in allen Mitgliedesstaaten des Europarats eine Kampagne zu führen, die diesem Ziel gewidmet ist.

Das Motto lautet: „2005 – Europäisches Jahr der Demokratieerziehung“.

Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass die zuständigen Slowakischen Behörden, im Rahmen dieses „Europäischen Jahres der Demokratieerziehung“, sich engagiert haben, 400 Lehrer auszubilden, um „die Europäische Charta der Beteiligung von Jugendlichen am Leben der Gemeinde und der Region“, zur Anwendung zu bringen.

Andere Schwerpunkte der Arbeit, in diesem Bereich, beziehen sich auf die Heranbildung einer künftigen Medienkompetenz von Kinder und Jugendlichen.

In Deutschland gib es diesbezüglich eine interessante Kampagne, welche auch für andere Länder von Interesse sein könnte, „SCHAU HIN! Was Deine Kinder ma-

chen“, diese Kampagne verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit für das Thema „Kinder und Medien“ zu sensibilisieren und gleichzeitig Eltern über elektronische Medienangebote und deren Handhabung aufzuklären. Mit gezielten ganzheitlichen Erziehungstipps für 3- bis 13-Jährigen soll praxisnahe Hilfestellung für den kindgerechten Umgang mit Medien, konkreter Rat und fundiertes Wissen von Experten an Eltern, Familien und pädagogische Fachkräfte weitergegeben werden.

Ein anderer Schwerpunkt ist die Bundesinitiative „Jugend ans Netz“: Neben der Ausstattungsoffensive, die 2004 gestartet wurde, ist das neue Jugendportal www.netzcheckers.de die zweite Komponente der Bundesinitiative „Jugend ans Netz“.

Dieses neue Jugendportal vernetzt bestehende Lern-, Beratungs-, Informations- und Unterhaltungsangebote auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene und schafft so die Verbindung zum europäischen Jugendportal. Jugendliche können selbst „Netzchecker“, bzw. zu Akteuren werden und mit selbstverfassten Texten, Bildern oder einem Audio- bzw. Video-Beitrag aktiv an der Gestaltung der Website mitarbeiten.

In der Arbeit des Kulturausschusses des Kongresses, hatten wir die Gelegenheit, die weitreichenden Möglichkeiten der Internetnutzung, gerade auch im Hinblick auf eine verstärkte Nutzung dieser Technik, um Jugendliche mehr und mehr mit demokratischen Entscheidungsprozessen vertraut zu machen. Die Idee ist die neuen Techniken in den Dienst der Demokratie zu stellen.

Ziel all dieser unterschiedlichen Initiativen ist es Kinder und Jugendliche dazu zu bringen sich einzumischen, Interesse zu wecken, demokratische Inhalte zu vermitteln.

Wir müssen sicherstellen, dass Kinder und Jugendlichen auf allen Ebenen, institutionalisierte Verfahren zur Berücksichtigung ihrer Interessen, vorfinden.

Der Europarat hat diesbezüglich ein wichtiges Instrument erarbeitet, die bereits erwähnte Revidierte Europäische Charta der Beteiligung von Jugendlichen am Leben der Gemeinde und der Region, vom 21. Mai 2003, auf die Herr Ulrich Bohner, Exekutiv Direktor des Kongresses, später noch im weiteren Verlauf unserer Konferenz näher eingehen wird.

Wir sollten uns das Motto zu eigen machen: „tue Gutes und sprich darüber“. Nur so kann die Arbeit des Europarates wirksam bekannt gemacht und besser genutzt werden.

Deswegen erlauben Sie mit ein paar Worte zu dieser Charta zu sagen, mit dem Versuch Ihnen dieses gelungene Instrument ans Herz zu legen und zur direkten Anwendung weiter zu empfehlen.

Diese Europäische Charta bereitet das Terrain für eine aktive Beteiligung der Jugend an den Beschlüssen und Aktionen auf kommunaler und regionaler Ebene vor.

Wir sind alle davon überzeugt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie und Solidarität, in unserer Gesellschaft brauchen.

Sich als aktiver Bürger beteiligen heißt: das Recht, die Mittel, den Ort, die Möglichkeit und, wenn nötig, die gewünschte Unterstützung zu haben, um sich an den Entscheidungen zu beteiligen, Einfluss auf sie auszuüben und sich in Aktionen und

Aktivitäten einzusetzen mit dem Ziel, eine bessere und gerechtere Gesellschaft aufzubauen.

Erlauben Sie mir bitte Ihnen ein paar Passagen aus der Präambel der „Revidierte Europäische Charta der Beteiligung von Jugendlichen am Leben der Gemeinde und der Region“ zu zitieren, die belegen, dass wir anhand dieses Leitfadens Politikvorgaben ausarbeiten sollten, welche den Jugendlichen endlich den Platz in der Gesellschaft einräumen, der für den Aufbau einer lebendigen Demokratie unerlässlich ist.

„Als den Jugendlichen nächstliegenden Behörden fällt den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle zu bei der Förderung einer solchen Beteiligung, haben sie doch die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen nicht nur informiert sind über Demokratie und Staatsbürgerlichkeit, sondern diese auch konkret erleben können. „

„Die Herausbildung aktiver Bürger oder der Aufbau einer Demokratie für die Zukunft ist jedoch nicht das einzige Ziel der Einbeziehung der Jugend. Damit ihre Beteiligung sinnvoll ist, ist es unerlässlich, dass die Jugendlichen Beschlüsse und Aktionen schon heute und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens beeinflussen können. „

Die Schaffung von Jugendräten, Jugendparlamenten und Jugendforen bietet somit die notwendige Handhabe um institutionell eine wirksame Verbindung zwischen Kommunal- und Regionalpolitikern und interessierten Jugendlichen herzustellen.

Ich zitiere hier nochmals die relevanten Artikel unserer Charta.

Artikel 59 der Charta:

„Eine wahrhafte Beteiligung am Leben der Gemeinde und der Region muss darauf beruhen, dass sich die Jugendlichen der in ihrem Gemeindewesen im Gange befindlichen gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen bewusst sind.

Das bedingt das Vorhandensein einer ständigen Vertretung oder einer Struktur von der Art eines Jugendrates, -Parlaments oder -Forums.“

Das Engagement des Kongresses, diesen Forderungen politischen Nachdruck zu verleihen führt uns hier zusammen. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, dass hier von Berlin, ein Signal der Erneuerung ausgehen wird, um der Charta zu mehr konkreter Anwendung, in unseren Gemeinden und Regionen in allen europäischen Staaten, zu verhelfen.

Wir brauchen ihrer aller Unterstützung, damit die Umsetzung mehr und mehr Platz greift und Raum geschaffen wird für die Jugendliche, zu vollberechtigten Akteuren, heranzuwachsen.

Wir brauchen die tatkräftige Mitarbeit der Jugendlichen heute mehr denn je.

Hiermit möchte ich uns alle darauf verpflichten, unseren Teil der Arbeit in Angriff zu nehmen, und wünsche uns allen viel Erfolg bei dieser Konferenz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Eröffnungsrede

Meine Damen und Herren,

diese internationale Konferenz zum interkulturellen Lernen und transnationalen Dialog, organisiert vom Centre Français im Rahmen des entimon-Projekts wird, wie Herr Brocke schon sagte, durch die Deutsche UNESCO-Kommission in vollem Umfang unterstützt.

Unser Vorstand hat die Schirmherrschaft der Deutschen UNESCO-Kommission für diese Konferenz vor zwei Monaten ohne Umschweife gewährt, denn sie passt hervorragend in den ideellen Rahmen der UNESCO. Und ich freue mich, Ihnen die herzlichsten Grüße unseres Präsidenten Walter Hirche und unseres Generalsekretärs Dr. Roland Bernecker überbringen zu dürfen.

Was bereits meine Vorredner sagten über den Nutzen und den Wert dieser Konferenz möchte ich nicht wiederholen. Stattdessen möchte ich die beiden wichtigsten Aspekte unterstreichen, die für die Gewährung der Schirmherrschaft ausschlaggebend waren: Einerseits bringt die Konferenz das „abstrakte Lernen“ von inhaltlichen Aspekten der Menschenrechte zusammen mit einer grenzüberschreitenden Perspektive, einer Perspektive des interkulturellen Verständnisses und dazu mit einem innovativen Mechanismus, der Zusammenführung von NROs und kommunalen Entscheidungsträgern. Zweitens ist dies keine frei stehende Veranstaltung, da die hier anwesenden Trainer auch im Anschluss an die Workshops zur Verfügung stehen werden. Das ist ein wichtiger Aspekt: es handelt sich bei dieser Veranstaltung um die Auftaktkonferenz für einen langfristigen Prozess.

Ich möchte Ihnen in meinem Beitrag vor allem die Verbindung zwischen dem Thema dieser Konferenz und dem Internationalen Tag der Toleranz am 16. November darlegen: Wie Herr Brocke bereits erwähnte ist die UNESCO die Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Sie wurde 1945 gegründet, fast auf den Tag genau vor 60 Jahren. Am 16. November 1945 trafen sich Vertreter von 37 Ländern in London und unterzeichneten die Verfassung der UNESCO, die ein Jahr später in Kraft trat. Heute besitzt die UNESCO 191 Mitgliedsstaaten und ihre Mission wird weiterhin durch die in der Präambel der Verfassung ausgedrückten Worte wiedergegeben: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden“.

Dies ist die Schlüsselbotschaft der UNESCO: Es geht nicht allein darum, neue Klassenzimmer in Konfliktgebieten zu bauen oder wissenschaftliche Durchbrüche zu veröffentlichen. Bildung, Wissenschaft und Kultur sind Mittel für ein viel anspruchsvolleres Ziel: Frieden zu schaffen im Geist der Menschen. Die UNESCO agiert heute als Ideenlabor und als Setzer von Standards für allgemeingültige Übereinkünfte zu neu auftauchenden ethischen Fragen. Die Organisation dient auch als Verrechnungsstelle zur Wissensverbreitung und Vermittlung, als Unterstützerin ihrer Mitgliedsländer beim Aufbau von personellen und institutionellen Fähigkeiten. Kurz

gefasst unterstützt die UNESCO die internationale Zusammenarbeit auf den Feldern „Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation“.

Manchmal wird innerhalb der UNESCO darüber diskutiert, mit welchem Konzept das innerste Wesen der UNESCO am besten ausgedrückt wird: Menschlichkeit, Menschenwürde, Menschenrechte, Philosophie oder Toleranz? Meines Erachtens ist diese Debatte müßig: Es handelt sich hier um unterschiedliche Aspekte einer zentralen Idee. Lassen Sie uns daher auf das Konzept der Toleranz beschränken, da dies der Grundgedanke dieser drei Konferenztage ist.

Auf Initiative der UNESCO riefen die Vereinten Nationen 1995, dem Jahr als beide Organisation ihren 50. Jahrestag feierten, als das „Internationale Jahr der Toleranz“ aus. Vor zehn Jahren nahmen die Mitgliedsstaaten der UNESCO eine „Erklärung von Prinzipien der Toleranz“ an. Zusätzlich zu ihrem Gelöbnis, die Toleranz und die Gewaltlosigkeit durch Bildungsprogramme und Bildungspolitik zu fördern, erklärten die UNESCO-Mitgliedsstaaten den 16. November als den alljährlichen „Internationalen Tag der Toleranz“. Internationale Tage und Jahre stellen eine Gelegenheit dar, neu über wichtige Fragen nachzudenken und zu diskutieren. Wenn die Aufmerksamkeit für solche Fragen erhöht werden soll, ist die Zielgruppe oder das Thema häufig eng umrissen. Mit dem „Internationalen Jahr der Toleranz“ und dem „Internationalen Tag der Toleranz“ wird aber erstmals der Akzent auf eine persönliche Tugend gelegt, die immer mehr in Politik und Recht als grundlegende Tugend für das friedliche Zusammenleben gesehen wird.

Natürlich waren diese Gedenkanklässe auch Antwort auf den bewaffneten Konflikt auf dem Balkan, auf den alarmierenden Anstieg rassistischer Übergriffe in West-Europa zu diesem Zeitpunkt oder den Genozid in Ruanda. Die Initiative für die Toleranz war eine Initiative gegen Intoleranz. Die UNESCO formulierte damals fünf Antworten auf die Intoleranz:

1. Intoleranz ist zu begegnen durch Gesetze, Gesetze zur Durchsetzung von Menschenrechten, Gesetze zur Ächtung und Bestrafung von hassgeleiteten Verbrechen und von Minderheitendiskriminierung und Gesetze für den fairen Zugang zum Gerichtswesen.
2. Intoleranz ist zu begegnen durch Bildung, gegen Ignoranz und Furcht, gegen übertriebenes Selbstwertgefühl und Stolz.
3. Intoleranz ist zu begegnen durch Information und Aufklärung, denn Intoleranz ist dann am gefährlichsten, wenn sie für die politischen Ambitionen von Hasspredigern ausgenutzt wird.
4. Intoleranz ist zu begegnen durch individuelle Aufmerksamkeit im Hinblick auf Engstirnigkeit, Klischees, Stigmatisierung, Beleidigungen und rassistische Witze.
5. Schließlich ist Intoleranz zu begegnen durch lokale Lösungen.

Die „Erklärung von Prinzipien der Toleranz“ betont dass Toleranz weder mit Gleichgültigkeit noch mit Schwäche gleichzusetzen ist. Toleranz bedeutet Respekt und Anerkennung der Vielfalt der Kulturen und der Ausdrucksformen, der breiten Vielfalt dessen, was es bedeutet Mensch zu sein. Toleranz erkennt die allgemeinen Men-

schenrechte und Grundfreiheiten an. Die Völker sind vielfältig, nur Toleranz sichert das Überleben der gemischten Gemeinschaft, die in allen Weltregionen existieren.

Seit 1995 haben die UNESCO und die UNO verschiedene zusätzliche Initiativen gestartet, die dasselbe Ziel verfolgen, ich erwähne nur die Dekade für Menschenrechtsbildung 1995-2004 und die Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens 2001-2010. Zwar kann über den Sinn dieser vielfältigen Jahre und Dekaden diskutiert werden, doch tragen all diese Initiativen nachweisbar dazu bei, eine weltweite Zivilgesellschaft zu formen. Dies gelingt ihr in Zusammenarbeit mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen wie dem Europarat, auf den in diesem Zusammenhang besonders wegen des ausgezeichneten Werks KOMPASS zur Menschenrechtsbildung genannt werden muss; KOMPASS dient Ihrer Konferenz als Grundlage. Mit heute zentralen Fragen wie der wirtschaftlichen Globalisierung, dem internationalen Terrorismus und dem religiösen Fundamentalismus muss sich die globale Zivilgesellschaft auseinandersetzen und sie muss dabei zurückgreifen können auf ein stabiles Fundament positiver Werte, das Fundament der Toleranz, der kulturellen Vielfalt, des religiösen und kulturellen Dialogs.

Durch diese Konferenz drückt sich der starke Wille aus, kommunale Akteure verschiedenster europäischer Kulturen zusammenzubringen, interkulturelle Netzwerke zu bilden und Mehrwert zu schaffen für die individuelle Arbeit in der Menschenrechtsbildung in Ihren jeweiligen Städten, durch Miteinbeziehung der Erfahrungen aus den Partnerstädten. Die Menschenrechte vor Ort zu fördern, d.h. vor Ort Toleranz zu fördern durch den Mechanismus, Erfahrungen aus anderen kulturellen Umfeldern zu nutzen, setzt bereits Toleranz voraus. Dass Sie in dieser Konferenz bereits das Ideal vorleben, dass Sie später zu Hause weiterverbreiten wollen, ist der Grund, warum diese Konferenz hervorragend in den Rahmen passt, den die UNESCO für die Förderung der Toleranz aufgespannt hat.

Im Namen der Deutschen UNESCO-Kommission danken wir den Organisatoren dieser Konferenz für ihre Initiative und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Berliner Senat für die Finanzierung dieser Konferenz und wir wünschen Ihnen, den Teilnehmern, viel Erfolg für ein fruchtbares und erfolgreiches Treffen. Danke.

Peter Lauritzen, Abteilungsleiter, Direktion Jugend und Sport des Europarates

Die soziale Stadt als Raum für Bürgerbeteiligung in der Menschenrechtsbildung für junge Menschen

Übersetzung aus dem englischen Originaltext

Der Europarat ist die Menschenrechtsorganisation par excellence in Europa.

Es gibt nicht nur die europäische Menschenrechtskonvention und den europäischen Menschenrechtsgerichtshof als Standardinstrument und -institution für die Umsetzung von Menschenrechten, sondern es existieren darüber hinaus alle möglichen Anstrengungen und Aktivitäten um eine Menschenrechtskultur in den Mitgliedsländern zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Es handelt sich um eine Vereinigung von 46 Mitgliedstaaten, einschließlich der russischen Föderation und aller europäischen GUS-Länder. Die Grundwerte des Europarates sind Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; die Organisation wird auch „die Heimat der Demokratie“ genannt.

Natürlich ist der europäische Raum, den der Europarat abdeckt, und der eine geographische Ausdehnung von Funchal im Westen bis nach Vladivostok im Osten aufweist, kein einheitlicher Raum, indem die soziale, politische und kulturelle Realität die gleiche ist, wo auch immer man sich befindet.

In der Tat gibt es erhebliche wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten und in vielen Fällen auch innerhalb der einzelnen Länder selbst. Die Effizienz demokratischer Institutionen ist ebenfalls sehr unterschiedlich, genauso wie das soziale Engagement von Medien und neuen Kommunikationstechnologien, das Bildungssystem und die Möglichkeit, sich frei zu bewegen.

Die faszinierendste Herausforderung für die Organisation ist ihre unglaubliche kulturelle Vielfalt; sie ist eine Quelle des Vergnügens und der Freude, bietet aber auch Potential für Stereotype, Vorurteile, Missverständnisse, Intoleranz und Rassismus. Was muss gelernt werden, damit Europa eine Zukunft hat? : Die Fähigkeit und der Wille mit kultureller Vielfalt zu leben, sowohl innerhalb der Mitgliedsstaaten als auch zwischen den einzelnen Staaten.

Wie kann so eine große europäische Organisation mit so einem weit gefassten Auftrag die Bürger Europas erreichen, wie kann sie junge Menschen erreichen, gibt es eine Chance, dass diese Organisation einen sinnvollen Beitrag für Jugendliche in benachteiligten Stadtgebieten leistet, spielt sie für das Konzept der „Sozialen Stadt“ irgendeine Rolle?

Ich werde diese Fragen sowohl auf theoretischer, als auch auf institutioneller Ebene aufgreifen und zu meiner Antwort auch einige praktische, konkrete Elemente liefern.

Wenden wir uns dem Transformationsprozess zu, den moderne Nationalstaaten gerade durchmachen, und schauen uns an, inwiefern dies das Konzept der Bürgergesellschaft beeinflusst.

Im traditionellen Verständnis, und in der Tat auch heute, sind wir Bürger eines Na-

tionalstaates, sind verantwortlich gegenüber den Gesetzen und Institutionen dieses Staates und zum Zugang zu spezifischen Rechten und Pflichten berechtigt. Der Staat „... übt Gewalt aus, basierend auf drei Souveränitäten – wirtschaftlicher, militärischer und kultureller: Die Möglichkeit die Bücher auszugleichen, die Grenzen zu kontrollieren, und die Normen und Muster, nach welchen alle Staatsbürger ihr tägliches Verhalten ausrichten müssen, in Gesetzen zu erlassen.“(Zygmunt Baumann).

Wie stabil sind diese drei Souveränitäten heute? Wie Baumann sehe ich, dass sie unter den folgenden Einflüssen immer wackeliger werden:

- ◆ Globalisierung. Die Geschwindigkeit globaler Finanztransaktionen, die Delokalisierung von Firmenstrukturen und von Kapital und Arbeit, der erbitterte Wettbewerb, was heute „wilder Kapitalismus“ genannt wird, das alles hat das Konzept der Nationalökonomie zerrieben. Wer gleicht jetzt die Bücher aus? Ein Großteil des Wohlfahrtsstaates konnte sich nur entwickeln, weil das, was eingenommen wurde, in den Staat und die Wohlfahrtsstruktur innerhalb eines Territoriums reinvestiert wurde. Die nationale Wohlfahrt war, ob ihrer Verteilung, Gegenstand sozialer Kämpfe – wie sehen diese sozialen Kämpfe jetzt aus, welche Dimensionen haben sie, wo und wie finden sie statt, wenn überhaupt?
- ◆ Europäische Integration. 25, bald 27 und in Zukunft noch mehr Mitgliedstaaten des Europarates sind Mitglieder der europäischen Union. Sie haben die Logik der Supranationalität akzeptiert, was ganz einfach bedeutet, dass alles, was unter die derzeitigen europäischen Verträge fällt, nicht mehr nationale Angelegenheit ist, sondern Gegenstand der Gemeinschaft. Das betrifft in einigen Gebieten (Landwirtschaft) bereits mehr als 80 % der ursprünglich nationalen Kompetenzen, in anderen weniger (Bildung, Kultur), aber es ist eine Tatsache, dass es sehr nachteilig ist, eine unvollständige europäische Union neben unvollständigen Nationalstaaten zu haben. Logischer Weise wird die Kompetenz der Union konstant anwachsen, trotz gelegentlicher Rückschläge, ganz einfach weil man nicht wirklich „halb-schwanger“ sein kann – nur wenn das politische, wirtschaftliche und soziale Programm der europäischen Union vervollständigt wird, wird man wirklich von der Mitgliedschaft profitieren und sich vielleicht anderen wichtigen Gebieten, wie Frieden und Sicherheit und Ökologie energischer zuwenden können. Das bedeutet, dass bereits die „reine“ Definition eines Nationalstaates als souveräner politischer Akteur obsolet geworden ist; innerhalb der Union haben wir es mit europäischen Staaten zu tun, die aus Nationen mit gemeinsamen Zielen, gemeinsamer Geschichte und gemeinsamem Schicksal bestehen.

Globalisierung und europäische Integration sind die Hauptursachen für die Transformation der Nationalstaaten, doch auch andere starke Einflüsse tragen zu der Veränderung bei:

- ◆ Die zunehmende Bedeutung der Zivilgesellschaft. In den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts haben wir die Geburtsstunde der „governance“ erlebt; eine Art Kontaktaufnahme zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Autorität. In praktisch allen potenziellen Handlungsbereichen der Regierung wird es auch Interessengruppen, Vereine, Lobbys und alle möglichen anderen Arten von zivilen Akteuren geben, und diese werden alles, was der Gesetzgeber tun wird, stark beeinflussen. Sie werden auch zur Stelle sein um die öffentliche Regelung und Verwaltung

im Auge zu behalten, so dass Regierungshandlung zur „governance“ wird, was Kommunikation und Kooperation auf beiden Seiten, dem Staat und der Zivilgesellschaft, bedeutet. Dieser Sektor ist dermaßen angewachsen, dass Hans Magnus Enzensberger in einem Spiegelartikel vor mehr als 10 Jahren schlicht weg in Frage stellte, dass irgend eine Staatshandlung gegen eine organisierte Gruppe der Gesellschaft überhaupt noch möglich sei. Was auch immer das für die Demokratie bedeutet (Ist der Einfluss eines Schützenvereins auf die amerikanische Regierung wirklich so wünschenswert?) es bedeutet jedenfalls sicherlich eine Einschränkung der staatlichen Macht.

- ◆ Die ‚Philosophie des schlanken Staates‘. Jeder fordert eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, nicht zuletzt durch eine Reduzierung staatlicher Angestellter. Bürokratien werden gemäß der Marktkriterien durchleuchtet und müssen lernen, wie man sich innerhalb eines Marktes verhält; was privatisiert werden kann, wird privatisiert werden und was man outsourcen kann wird man outsourcen. In modernen Dienstleistungsgesellschaften wird das typische Verhalten der öffentlichen Behörde immer mehr dem eines jeden Marktteilnehmers gleichen. Und wieder wird der Nationalstaat weniger Ressourcen haben, wird in der Tat zu einem schlanken Staat werden.
- ◆ Dezentralisierung. Ob Staaten Föderalstaaten sind oder Staaten mit einer Tradition der Machtverteilung, oder aber Zentralstaaten mit zentralisierten Machtstrukturen, sie alle tendieren dazu, den lokalen und regionalen Körperschaften mehr Macht und Verantwortung zu übertragen. Dies gilt insbesondere für soziale Unterstützung, Vorbeugung von Risikoverhalten und sozialer Ausgrenzung, dem Umgang mit Armut, Ausgrenzung, Migration und multikulturelle Angelegenheiten in städtischen Gebieten. Der Wohlfahrtsstaat, bzw. Sozialstaat erscheint häufig in Form der lokalen Behörde, und was diese leisten kann oder nicht. Die andere Seite der Medaille ist die Rolle der lokalen Gemeinde als Wirtschaftsakteur und –Sektor; attraktive Gemeinden werden die Möglichkeit haben Industrien, Weiterbildungsmöglichkeiten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Serviceanbieter zu beherbergen. Das ist eine positive Entwicklung, aber nichtsdestotrotz schwächt es die Machtgrundlage des Nationalstaates.
- ◆ Internationaler Terrorismus. Diese weltweite Entwicklung hat neue Gefahren in das Leben und die Sicherheit der Bürger gebracht, denen mit dem Konzept der nationalen Verteidigung und der Heimatschutztruppen nicht angemessen begegnet werden kann. Gefordert wird eine weltweite Kooperation und kombinierte gemeinsame Operationen zwischen Streitkräften, Polizei und Geheimdiensten. Ohne eine derartige internationale Streitkraft und mit unüberwindbaren Unterschieden in der Definition des „Kampfes gegen den Terrorismus“, wie er von der US-Regierung genannt wird, sind sogar die klassischen Aufgaben des Nationalstaates – der Schutz der territorialen Integrität und der Bürger – in Gefahr. Der Europarat ist gegenwärtig mit einer Untersuchung zu diesem Thema befasst: War es den USA möglich, europäische Bürger in speziellen Lagern und Gefängnissen zu foltern? Wurden europäische Bürger buchstäblich entführt und aus ihrem Land gebracht? Was auch immer die Antwort sein wird, der internationale Terrorismus scheint Tatsachen geschaffen zu haben, die sich außerhalb des nationalen und internationalen Rechts abspielen, zum Schaden der Integrität des Nationalstaates.

Was ich zeigen möchte, ist ein Transformationsprozess der Staatsmacht. Zygmunt Baumann nennt es die Scheidung der Macht – Politik bleibt national, während Wirtschaft, Militär und Kultur noch globaler und somit supranational werden.

Wie soll man in solch einer Welt mit Identität und Bürgerschaft umgehen? Auf dem Papier sieht das einfach aus: Bürgerschaft wird als differenzierte Bürgerschaft verstanden werden müssen, dasselbe gilt für Identität. Warum soll eine Weltbürgerschaft unmöglich sein, wo sich doch viele weitgereiste Künstler und Schriftsteller als Weltbürger verstanden haben? Warum soll nicht eine europäische Bürgerschaft dabei entstehen? Sie wächst gemeinsam mit dem europäischen Projekt, ebenso wie die europäische Identität. Nationale Bürgerschaft und Identität sind immer noch die dominanten Muster, sie existieren und werden auch weiter existieren. Regionale und lokale Bürgerschaft und Identität gab es schon immer – warum also kann Bürgerschaft und Identität nicht einfach der Komplexität der heutigen Welt folgen? Sind nicht all diese Konzepte miteinander vereinbar?

Sie sind es, aber in der Wirklichkeit funktioniert es nicht.

Das oben Erwähnte ist zu abstrakt bzw. nur für einige Wenige lebbar. Für sehr viele, insbesondere für Jugendliche wird Identitätsbildung und Bürgerschaft zu einer individuellen Last, weil die kollektive Seite der Identitätsbildung schlecht funktioniert.

Dies überschneidet sich mit anderen Entwicklungen: sichere Arbeitsplätze werden zu Teilzeitjobs, Karrieren werden zu einer Abfolge von unterschiedlichen Beschäftigungen, gute Schul- und Universitätsabschlüsse zählen weniger auf dem Arbeitsmarkt und Flexibilität ist die Tugend Nummer eins. Alles in Allem ist das ein Szenario der Unsicherheit und Unsicherheit ist das, womit wir fertig werden müssen.

Was Nationalstaaten nicht mehr vollständig leisten können, was die Europäische Union vielleicht niemals ganz leisten wird und was im Begriff des Weltbürgers doch etwas schwammig bleibt, muss zunächst auf lokaler Ebene in Angriff genommen werden. Hier sind die Begriffe von „Bürgerschaft“ und „Gemeinschaft“ eng miteinander verbunden.

„Bürgerschaft und Gemeinschaft sind Worte die in Beziehung zur grundlegenden Aufgabe des Menschen, mit anderen zusammen zu leben, stehen. Die beiden Begriffe hängen voneinander ab. Bürgerschaft hat für sich allein keine Bedeutung; man muss Bürger von etwas sein, nämlich einer Gemeinschaft. Und es gibt keine Gemeinde, die diese Bezeichnung verdienen würde, die ihren Mitgliedern nicht ein geteiltes Gemeinsamkeits- und Zugehörigkeitsgefühl bietet. (Ein Status, den man „Bürgerschaft“ nennen kann). In weitem Sinne verstanden, sind diese Konzepte so alt wie die menschliche Gesellschaft selbst.“

Hall and Williamson 1999

Identitäts- und Bürgerschaftsverständnis auf lokaler Ebene anzusiedeln ist ein erster Schritt mit Unsicherheit umzugehen, aber alle praktischen Schwierigkeiten wird es auch dort geben: Was bedeutet Gemeinde, wenn wir von großen Städten sprechen? Ein Stadtviertel? Eine Verwaltungseinheit? Vielleicht. Aber in erster Linie ist es ein Gemisch aus sozialer Struktur von Nachbarschaften, Arbeitsplätzen, Bildungsrichtungen, Rathäusern, Kneipen, sowie Sport- und Freizeitstädten, es ist eine städtische Umgebung und wird in der Regel eine heterogene Gemeinschaft aus Mitglie-

dem unterschiedlicher Herkunft sein, die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften angehören und Klassen-, Geschlechts-, Alters-, und Einkommensunterschiede aufweisen. Es ist ein subjektiver und emotionaler Hintergrund und es ermöglicht den Menschen die emotionale Seite der Bürgerschaft zu erfahren; Es ist Zugehörigkeit, keine abstrakte Idee.

In diesem Zusammenhang hat der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, in enger Zusammenarbeit mit meiner Stelle, der Direktion für Jugend und Sport die „überarbeitete Europäische Charta der Jugendpartizipation am Leben der Gemeinde und der Regionen“ entwickelt. Diese Charta ist eine Sammlung konkreter Richtlinien, wie man Jugendliche in Politikbereiche, die sie betreffen, einbinden kann (Arbeit, Wohnen, Transport, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung, Minoritäten, Anti-Diskriminierung, Strafgesetzgebung, etc.).

Auf diese Weise ist der wichtige Gesichtspunkt der „Partizipation“ eingeführt. Umso komplexer und differenzierter sich die Welt zeigt, und umso unmöglicher der Zugang zur Macht scheint, desto größer wird die Abschreckung vor politischen Prozessen sein, und dies ganz besonders bei Jugendlichen. Ihre Politikverdrossenheit ist sprichwörtlich geworden; es ist von größter Bedeutung die Partizipation der Jugend an der Politik wieder einzuführen. „... mit dem klaren Ziel, ihnen bereits in sehr jungem Alter eine Rolle und Verantwortung zu übertragen. Jemand, der eine Computerfirma in einer Garage aufbauen kann, kann auch eine Stimme im Stadtrat haben; jemand, der in jungem Alter komplexe Computerprogramme versteht, kann auch zum Mathematik- und Informatikunterricht in der Schule beitragen; und auch Trendsetter in modernen Lifestyle-Sportarten können viel über die Organisation städtischen Raums aussagen.“ (Lauritzen, 2005, S.5)

Die wichtigste Erziehungsstrategie in Bezug auf Bürgerschaft und Identität ist die Menschenrechtsbildung. Was den Jugendbereich betrifft, so bedeutet dies für uns, Menschenrechte als Voraussetzung für die menschliche Existenz einzuführen, ebenso wie ihre Kenntnis und das Bewusstsein über sie als Voraussetzung für die Handlungen erniedrigender Ebenen von Demütigung und Diskriminierung. Mit anderen Worten, wir verstehen Menschenrechtsbildung als einen möglichen Weg, Jugend- und Gemeinwesenarbeit zu leisten. Die Methodologie basiert auf einem sehr gut verständlichen Handbuch, dem KOMPASS. Dies ist eine Zusammenstellung von Methoden zur Jugend- und Gemeinwesenarbeit, die wahrhaft interkulturell angelegt ist, Minoritäten einschließt, Rassismus und Diskriminierung berücksichtigt, und zur Entwicklung von Bewältigungsstrategien und Lösungen anleitet. Der Text existiert inzwischen in fast 20 Sprachen, einschließlich Arabisch, und die Direktion für Jugend und Sport, besonders sein Jugendzentrum in Budapest, leiten internationale und nationale Trainings mit Multiplikatoren, um die Methoden bekannt und wirksam zu machen. Kürzlich wurde eine Menschenrechtsbildungs- „e-learning community“ geschaffen und das ganze Programm ist ein großer Erfolg.

Für uns, im Europarat, bedeutet die Arbeit mit Jugendlichen an Themen wie Bürgerschaft und Identität paradoxerweise auf lokale Ebene zu gehen. In einem zweiten Schritt bedeutet es, den konkreten Lebensumständen junger Menschen gegenüberzustellen, was unsere eigene Identität ausmacht – Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit – und zu zeigen, wie wichtig diese Konzepte für ein gutes Leben sind.

Ein dritter Schritt ist dann, Jugendpolitik zu entwickeln und aufzuzeigen, dass diese eng verbunden mit der Praxis der Jugend- und Gemeinwesenarbeit ist. Ohne das große Kapitel über Jugendpolitik in Europa öffnen zu wollen – dies ist nicht der richtig Ort dafür – würde ich gerne auf das Dreieck von ‘persönlicher Entwicklung – Beruf – Bürgerschaft’ hinweisen. Dieses Grundverständnis erfordert, dass, was normaler Weise für die persönliche Entwicklung von Jugendlichen angeboten wird, nicht ausreicht; Die Beschäftigungsdimension muss ebenso berücksichtigt werden, und was für die Beschäftigung angeboten wird, könnte man genauso gut „Berufsausbildung“ nennen, muss die Dimension der Bürgerschaft mitberücksichtigen. Wenn wir die Relevanz von Jugendarbeit deutlich machen, sie stärken, indem wir sie in das öffentliche Leben integrieren, ist Jugend- und Gemeinwesenarbeit ein Schlüsselbereich eben für bessere Beschäftigungsaussichten und eine aktive Bürgerschaft.

In der lokalen Gemeinde, in der sozialen Stadt, können Bürgerschaft und Identität Realität und Menschenrechte ein gemeinsames Gut werden. Die soziale Stadt bietet den Raum für einen Neuaufbau, der im Nationalstaat verloren gegangen ist, und der in Europa nicht vorhanden ist und dies vielleicht auch nie sein wird. Damit das Konzept funktionieren kann, brauchen wir Netzwerkarbeit und Austausch, transnationale Vereinigungen, interkulturelle Kommunikation, demokratischen Umgang mit Vielfalt und ein konstantes Bewusstsein für globale und europäische Politikprozesse. Es geht nicht darum, dass Russen keine Russen mehr sein sollen, oder Deutsche keine Deutschen oder Türken keine Türken – es geht um eine Trennung von emotionaler Bürgerschaft und Macht, um die Unvereinbarkeit von dem, was für ungeteilte Macht des Nationalstaates gehalten wird und was die tatsächliche Machtstruktur in Europa geworden ist.

Genauso wie andere, habe ich bereits darauf hingewiesen, dass Europa lernen muss, erfolgreich seine eigene kulturelle Vielfalt zu leben. Dies wird ohne eine Vorstellung sozialer Gerechtigkeit nicht möglich sein – vor uns liegt ein weiter Weg.

Ulrich Bohner,
Exekutivdirektor des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas des Europarats

Die Charta der Partizipation von Jugendlichen am Leben der Gemeinden und Regionen als Instrument für die Menschenrechtsbildung

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde!

Das Thema unserer heutigen Konferenz, das in engem Zusammenhang mit der Menschenrechtsbildung steht, nämlich der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz sowie die Partizipation der Jugendlichen, hat im Laufe der vergangenen Wochen mit dem Eklat der Aufstände von Jugendlichen in vielen Vororten französischer Großstädte und besonders in der Region Paris eine ganz neue Bedeutung gewonnen.

Um Entwicklungen dieser Art vorzubeugen, hat der Europarat bereits vor ein paar Jahren das Projekt „Demokratische Institutionen in Aktion“ ins Leben gerufen. Die Undurchsichtigkeit des demokratischen Prozesses sowie eine fast fehlende Einbindung der Jugendlichen in dieses Geschehen stellen eine neue Herausforderung an die Demokratie dar. Die inzwischen 46 Mitgliedstaaten des Europarats, die sich seit seiner Entstehung vor 56 Jahren zusammengefunden haben, bringen verschiedene Werte in unser Demokratieverständnis ein. Dabei handelt es sich um die Werte, die wir Menschenrechte, pluralistische Demokratie und Vorrang des Rechts nennen.

Tatsächlich kann die Demokratie nicht ohne die Achtung der Menschenwürde aller Bürger und aller Menschen, die in einem Land, einer Region oder einer Stadt leben, existieren. Jeglicher Ausschluss bestimmter Gruppen, seien es Jugendliche, Arbeitslose, Ausländer oder Frauen sowie jedwede Art von Diskriminierung in Hinsicht auf diese Gruppen entsprechen einer Verletzung der Menschenrechte und stellen die Funktionsweise der Demokratie in Frage.

Wir können uns nicht erlauben in Ländern zu leben, die systematisch bedeutende Bevölkerungsgruppen aus ihren demokratischen Institutionen ausschließen, so wie das im Römischen Reich kurz vor dessen Niedergang der Fall war. Das ist der Punkt, der einer allgemeinen Partizipation aber vor allem auch der Partizipation der Jugendlichen eine große Wichtigkeit beimisst.

Diese Partizipation sollte weiter gefasst sein als das bloße Recht, regelmäßig an demokratischen Wahlen teilnehmen zu dürfen, welches durch ein Protokoll der Europäischen Konvention für Menschenrechte geschützt ist. Diese Partizipation soll sich durch eine Dezentralisierung äußern und nah an der Basis sein, sowie es vor einigen Tagen der Leitartikel der Tageszeitung „Dernières Nouvelles d’Alsace“ ausdrückte. Ich zitiere: „Die Lösung der Krise muss heute Sache der Bürgermeister sein. Sie haben teil am Leben ihrer Städte, hören zu und kennen die Empfindungen und Stimmungen der Bevölkerung am besten. Sie sind weise. Deshalb müssen wir ihnen zuhören und helfen.“

Steckt unsere Demokratie in einer Krise? Das ist vielleicht zu viel gesagt, aber sie wird zweifellos mit vielen Herausforderungen und der Notwendigkeit von Reformen

konfrontiert. Das ist kein Zufall, wenn auf dem letzten Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der im Mai in Warschau stattgefunden hat, ein „Forum zur Zukunft der Demokratie“ geschaffen wurde. Die erste Sitzung des Forums hat Anfang November zum Thema „Teilhabe der Bürger“ ebenfalls in Warschau stattgefunden.

Manche Abgeordneten, auch auf lokaler Ebene, befürchten, dass sie durch eine stärkere Partizipation der Bürger oder bestimmter Gruppen in ihrer Arbeit und Problemlösung eher behindert werden und sind daher skeptisch. Auf der anderen Seite begnügen sich viele Bürger mit dem, was die amerikanische Verfassung „The right to happiness“ nennt; das heißt, dass sie sich sozusagen mit ihrem individuellen Recht zufrieden geben und sich in ihre Privatsphäre zurückziehen. Darunter leiden nicht nur das Gesellschaftsleben und das Solidaritätsprinzip, noch dazu gerät der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt in Gefahr, der jedoch eine notwendige Bedingung für den Bestand der Demokratie ist.

Es ist in der Tat schwierig, sich vorzustellen, dass unsere Demokratie ohne die Garantie eines Minimums an Bürgerrechten wie das Recht auf Arbeit oder das Recht auf Wohnung funktionieren könnte. Viele lassen sich auch durch den Gedanken demobilisieren, dass man unter anderem auch wegen der Globalisierung sowieso weit entfernt davon sei, die Politik in irgendeiner Hinsicht beeinflussen zu können. Und außerdem seien die Politiker des Vertrauens der Bürger nicht würdig und versuchten nur, sie auszunutzen. Dazu kommt, dass bestimmte traditionelle Werte, besonders die religiösen, auf dem Weg sind zu verschwinden, ohne dass sich neue Werte, orientiert an den Menschenrechten, der Demokratie und dem Vorrang des Rechts, in den Bevölkerungen verfestigt haben. Nicht zu vergessen sind die Sünden der Verstädterung: der Mangel an sozialem Zusammenhalt und die oft mangelhafte Integration besonders der Gruppen mit Migrationshintergrund.

Selbstverständlich bedeutet Demokratie auch Gewaltenteilung, Management und Entscheidungsprozess der öffentlichen Gewalt. Aber gleichzeitig impliziert der Terminus „Demokratie“, dass die Macht vom Volk ausgeht, dass sie in den Händen der Menschen liegt.

Offensichtlich gibt es einen gewissen Widerspruch zwischen unserem traditionellen System der repräsentativen Demokratie und den Prinzipien der direkten Demokratie, die zwar der Tradition weniger Länder wie der Schweiz entspricht, woanders jedoch weitaus schwieriger zu realisieren ist. Doch in einem System, in dem sich die Bürger von dieser Demokratie ausgeschlossen fühlen, kann es schnell zu einem Eklat wie in der DDR Ende der 1980er Jahre kommen, bei dem sich die Leute dem Regime mit dem Slogan „Wir sind das Volk“ widersetzen.

Die Außerparlamentarische Opposition (APO) in Deutschland Ende der 1960er Jahre oder die Terrorismuswelle in England, die kürzlich von dort aufgewachsenen Jugendlichen britischer Nationalität losgetreten wurde, sollten uns ebenfalls beschäftigen. Die ganze Schwierigkeit besteht darin, die Bevölkerung in den demokratischen Entscheidungsvorgang einzubinden.

Daher sieht eine Konvention des Europarats von 1992 vor, unter bestimmten Konditionen ein Wahlrecht für Immigranten einzuführen.

Zunächst erschien dies einigen Mitgliedstaaten so gut wie unmöglich, aber ab 1994 bewilligten sie durch den Vertrag von Maastricht zumindest das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer.

Im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas sind wir davon überzeugt, dass es nicht möglich ist, in einer Stadt zu leben, in der 20, 25 oder 30 % der Bevölkerung von jeglicher demokratischen Partizipation ausgeschlossen sind. Durch den Prozess von Stuttgart haben wir uns für einen Pakt für die Integration eingesetzt, der in der ersten Phase die Gestaltung eines Ausländerrats beinhaltet und in der zweiten Phase die Partizipation der Ausländer an Kommunalwahlen – auch wenn wir wissen, dass das kein Allheilmittel ist. Des Weiteren bemüht man sich um eine größere Partizipation von Frauen, die Anerkennung ihres individuellen Wahlrechts und die Verbreitung bestimmter Modelle positiver Diskriminierung, die sich in zahlreichen Ländern Nordeuropas bereits bewährt haben.

Mit Blick auf Minderheiten ist 1992 eine Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen konzipiert worden, sowie eine Rahmenkonvention im Jahre 1994 für den Schutz nationaler Minderheiten. Seit 25 Jahren präzisiert die Charta der Kommunalen Selbstverwaltung, ratifiziert von 41 Mitgliedstaaten, „dass das Bürgerrecht, an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten teilzuhaben, ein Teil der demokratischen Prinzipien ist, die allen Mitgliedstaaten des Europarats gemein sind“.

In Folge einer Konferenz in Llangollen, Wales, 1992, haben der Kongress und die Direktion der Jugend des Europarats die Europäische Charta zur Beteiligung von Jugendlichen am Leben der Gemeinde entwickelt. Wir sind uns dessen bewusst, dass das Europäische Jugendzentrum seit über 40 Jahren das Symbol der Mitbestimmung war, da seine führenden Instanzen von Anfang an die Jugendlichen mit den Regierungen gleichstellte, wenn es darum ging, Entscheidungen zu treffen.

Zwar hatten die Regierungen Befürchtungen, aber es stellte sich heraus, dass die Demokratie ohne Teilhabe der Jugendlichen keine Zukunft haben würde. Auch ein Großteil der lokalen und regionalen Abgeordneten, die anfangs noch Befürchtungen bezüglich der Teilhabe der Bürger hatten, sah ein, dass der Entscheidungsprozess durch mehr Partizipation zunächst zwar verlangsamt, auf lange Sicht jedoch nachhaltiger werden würde und bessere Lösungen für die Zukunft der jeweiligen Stadt gefunden werden könnten.

2002 haben der Kongress und die Direktion der Jugend die Initiative gestartet, eine neue Konferenz zu organisieren, um eine Neufassung der Europäischen Charta der Jugendpartizipation vorzubereiten. Diese erfolgte im Jahr 2003 und wurde 2004 zu einer Richtlinie des Ministerkomitees.

Diese überarbeitete Fassung der Europäischen Charta zur Beteiligung von Jugendlichen am Leben der Gemeinde besteht im Grunde aus drei Teilen. Der erste Teil enthält Anweisungen zur Umsetzung der Politik unter Beachtung

der Jugendlichen in mehreren Bereichen, die sich an die örtlichen und regionalen Autoritäten richten. Im zweiten Teil werden die Mittel genannt, die eine Partizipation der Jugendlichen begünstigen können. Der dritte Teil enthält schließlich Ratschläge zur Erstellung eines institutionellen Rahmens für die Partizipation der Jugendlichen.

Die erste Partie deckt ein Ensemble verschiedener politischer Sektoren ab: vom Sport, der Freizeit und dem Vereinswesen über die Arbeit und den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die Umweltpolitik und das Wohnungswesen, eine Bildungs- und Ausbildungspolitik, die die Mitwirkung der Jugendlichen fördert, bis hin zu einer Politik der Mobilität und des Austauschs, einer Gesundheitspolitik, einer Politik zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, sowie einer Berücksichtigung des ländlichen Raums, einer Politik des Zugangs zu Kultur, einer Politik zur nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes, zur Bekämpfung von Gewalt, Kriminalität und Diskriminierung und letztendlich vereinheitlichte Maßnahmen zur Sexualaufklärung sowie auch eine Politik des Rechtswesens in Hinblick auf die Wahrnehmung eigener Rechte.

Manche „Moralisten“ mögen Schwierigkeiten haben, die Idee einer Politik des Sexuallebens zu akzeptieren; diese wurde jedoch in dem Text, der drei Teile vorsieht, verankert. Diese drei Teile umfassen

- ◆ eine von Richtlinien freie Sexualerziehung in der Schule,
- ◆ die Förderung von Organisationen und Diensten, die Informationen über Partnerschaft, Sexualpraktiken, Geburtenverhütung und Familienplanung anbieten,
- ◆ kollektive Reflexion der Jugendlichen in diesem Bereich. Des Weiteren werden die Gemeinden und Gebietskörperschaften gebeten, den Jugendlichen den Zugang zu ihren Rechten zu erleichtern, insbesondere indem sie in die Ausarbeitung neuer Regeln mit einbezogen werden.

Das Instrumentarium für die Partizipation der Jugendlichen sieht Elemente der Bildung und Information vor, sowie die Umsetzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Beteiligung im Medienbereich, das Erleichtern ehrenamtlicher Arbeit und der Durchsetzung einer kollektiven Problematik, Hilfe bei Projekten und Initiativen von Jugendlichen und schlussendlich die Förderung von Jugendorganisationen. Ein wesentlicher Aspekt für das Funktionieren des demokratischen Systems ist auch das Engagement Jugendlicher in Nichtregierungsorganisationen und politischen Parteien.

Die Charta plant Jugendräte, -parlamente und Jugendforen in das institutionelle Instrumentarium ein. Außerdem empfiehlt sie Hilfe der öffentlichen Hand, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, in Bezug auf die Strukturen der Jugendpartizipation. In diesem Bereich ist es auch vorgesehen, einen Bürger zu ernennen – eine Person oder eine Personengruppe -, der die Inanspruchnahme der Hilfeleistungen beaufsichtigt und an den sich die Jugendlichen gegebenenfalls wenden können.

Im Europarat werden wir uns bemühen, die Charta und vor allem deren verbrauchernahe Version zu verbreiten. Es ist angedacht, eine CD-ROM zu den „best practices“ im Bereich der Jugendpartizipation in verschiedenen Körperschaften unserer Mitgliedstaaten zu veröffentlichen, die auch online verfügbar sein soll.

Meine Damen und Herren,

liebe Freunde,

erlauben Sie mir mit Blick auf die aktuellen Ereignisse noch einmal laut und deutlich zu sagen, dass die Zukunft der Demokratie ohne Teilhabe der Jugendlichen am demokratischen Prozess nicht gesichert werden kann; angefangen auf lokaler und regionaler Ebene: dort haben die Jugendlichen eine reelle Chance, Einfluss auf ihr tägliches Umfeld auszuüben.

Wenn wir die Zukunft unserer demokratischen Institutionen sichern wollen, dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass die Jugendlichen oftmals orientierungslos sind und Schwierigkeiten haben, ihren Platz in diesem System zu finden. Um in diesem Bereich einer positiven Entwicklung förderlich zu sein, ist vor allen Dingen die Bekämpfung von Diskriminierungen, von denen die Jugendlichen betroffen sein könnten, notwendig. Des Weiteren müssen anständige Arbeitskonditionen und Wohnverhältnisse geschaffen werden, auch die Stadtplanung im allgemeinen bedarf der Verbesserung. All das muss so bürgernah wie möglich geschehen, vor allem in unseren Großstädten.

Im Kontext der Konferenz, die uns heute hier zusammenführt, bekommt der Austausch zwischen den Partnerstädten, ob Berlin, Paris, Moskau, Istanbul oder Warschau, eine ganz besondere Bedeutung: wir arbeiten alle gemeinsam an Zielen, die uns vereinen.

Der Europarat und sein Kongress der Gemeinden und Regionen wollen etwas zu diesem Geschehen beitragen: Ende Januar/Anfang Februar 2006 organisieren wir mit dem deutschen Ministerium eine Konferenz in Straßburg zum Thema *Soziale Brennpunkte – Eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik*.

Sie sind selbstverständlich herzlich eingeladen, einen Beitrag zu diesem Austausch zu leisten.

Vielen Dank.

Ziele, Methoden und Programm der Konferenz

Ich präsentiere Ihnen hier die Ziele, Methoden und das Programm der Konferenz.

Warum diese Städte?

Es handelt sich um die europäischen Partnerstädte des Landes Berlins (neben Los Angeles, die nicht unter „Europa“ erfasst werden kann).

Warum haben wir uns auf die beiden Grundlagendokumente, „Kompass“ und die „Jugend-Charta“ konzentriert?

Wir wollten an einem gemeinsamen Programm anknüpfen und nicht irgendetwas Neues organisieren. Insofern bedanken wir uns ganz herzlich noch einmal bei der Antje Rothemund, die im Wesentlichen dieses Programm aus Budapest für den Europarat organisiert, für den Bereich der Menschenrechtsprogramme. Vielen Dank nochmals.

Warum Trainer?

Der Europarat verfügt über einen Trainers' Pool. Das sind engagierte Menschen, die qualifiziert und ausgebildet in diesen Programmen des Europarats in allen 46 Staaten, aus denen sich der Europarat zusammensetzt, tätig sind. Aus diesem Pool haben wir uns bedient oder durften wir uns bedienen. Und zwar deswegen, weil wir der Überzeugung sind, dass solche Konferenzen wichtig und notwendig sind, aber sozusagen nicht alles bleiben dürfen. Deswegen haben wir für jede Stadt, die hier repräsentiert ist, einen Trainer, der auch zwischen den Konferenzen und vor den Konferenzen mit Kolleginnen und Kollegen aus den Stadtverwaltungen und mit Kolleginnen und Kollegen aus den Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeitet.

Um welche Inhalte geht es?

Die Zukunft der Städte – so sagen es uns die Zukunftsforscher, so sagen es die Demographen - wird multiethnisch und interkulturell sein. Wir stellen immer wieder fest, dass gerade die, die ökonomisch sozial benachteiligt sind, von Ausgrenzung bedroht sind, dass die soziale Kohäsion der Gesellschaften, insbesondere aber die Stadtgesellschaften, zunehmend – und nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern – schwieriger wird.

Unsere Idee ist, dass wir zwei Bewegungen brauchen: Einmal eine Bottom-Up-Bewegung, von unten nach oben, über die NROs, Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, Beteiligung von Minderheiten, von Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund und eine Top-Down-Bewegung: Nämlich über die kommunalen Eliten, über die Stadteliten. Diese beiden Bewegungen müssen sich treffen. Dabei kann es nicht um ein Gegeneinander im Wesentlichen gehen, sondern nur um ein Miteinander.

Das setzt allerdings voraus, dass die Städte, dass die Stadtpolitik von der Kultur des Hoheitlichen, der Governance, des Anordnens zur Kultur der Beteiligung wechselt. Wir haben in allen Städten solche Entwicklungen beobachtet und ich freue mich, dass wir hier die entsprechenden Vertreter auch aus den Metropolen begrüßen können. Aber es ist keineswegs so, dass diese Kooperation zwischen Öffentlichen und Privaten die Regel ist, sondern es ist eine permanente Anstrengung, dies umzusetzen.

Für den Bereich der Menschenrechtsbildung, für den Bereich Antirassismus und die anderen bereits genannten Bereiche möchten wir von Ihren Erfahrungen partizipieren. Wir möchten, dass Sie Ihre Erfahrungen den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Städten mitteilen. Wir haben den Auftrag, über ein Bundesprogramm und über ein Landesprogramm. Durch die Bundesfinanzierung und die Co-Finanzierung durch das Land Berlin, sind wir im Rahmen des Projekts „Entimon“ dazu angehalten, dies zusammenzufassen und zu dokumentieren, so dass sowohl Berlin wie auch die Bundesrepublik Deutschland aus Ihren Beiträgen einen Mehrwert organisieren.

Der Auftrag unserer Starterkonferenz an uns alle ist der, dass wir erstens kennen lernen, was die jeweils anderen machen, welche Erfahrungen sie gemacht haben. Zweitens zu überlegen: Wie können wir zu Hause – jeder für sich, aber auch gemeinsam – weiterarbeiten? Die dritte Frage ist: In welcher Form halten wir es für vernünftig uns wiederzutreffen? Und wie können Sie sich vorstellen im Rahmen dieser Budgetmittel, die uns bis Ende 2006 zur Verfügung stehen, dass wir Wege finden, um auch die Jugendlichen, die jungen Erwachsenen mit einzubeziehen?

Die Trainer haben das Programm im wesentlichen vorbereitet und sie haben darauf geachtet, dass wir eine möglichst breite Vielfalt von Initiativen und Teilnehmern haben, so dass möglichst nichts doppelt vorkommt. Das heißt nicht, dass Berlin jetzt nur für diese Projekte repräsentativ ist, sondern wir haben die Teilnehmer insgesamt so ausgewählt, dass wir auf dieser Konferenz eine möglichst breite Palette von engagierten NROs, von Bürger- und Bewohnerinitiativen hier präsent haben.

Ich hoffe, dass am Ende der Tagung steht, wie wir im Jahr 2006 weiterarbeiten werden. Ich bin ganz sicher, wenn wir mit guten Ergebnissen kommen und ich habe die Koalitionsvereinbarung, den Entwurf des Koalitionsvertrages gelesen, in dem der Bereich, aus dem „Entimon“ finanziert wird, ausdrücklich als besonders förderungswürdig aufgeschrieben wird. Ich bin ganz sicher, wenn wir nachweisen können, dass es vernünftig ist, kontinuierlich, jeder zu Hause vor Ort und in regelmäßigen gemeinsamen Treffen weiterzuarbeiten, wenn wir die Kreise ausweiten, wenn wir uns auf bestehenden Netzwerken beziehen und nicht versuchen, irgendwelche neuen zu organisieren, und wenn wir mit internationalen Organisationen, wie zum Beispiel dem Europarat, dem Kongress oder auch der UNESCO kooperieren, dass wir dann ganz sicher über das Jahr 2006 hinaus weiter zusammenarbeiten wollen.

Es gibt ja auch noch viele Möglichkeiten, die wir alle eruieren werden. Unter anderem eben haben wir deswegen auf die Städtepartnerschaftslösung gesetzt, aber auch, um den Rahmen irgendwie eingrenzen zu können.

Abschließend möchte ich noch die europäische Diskussion über „gutes Regieren“, „good Governance“, erwähnen. In unseren Vorbereitungen haben wir immer hin- und herdiskutiert und haben gesagt: „Wie könnte das denn für uns aussehen?“. Und aus

den Erfahrungen, die wir aus anderen Programmen des Bundes für benachteiligte Stadtteile - „Soziale Stadt“ einbringen konnten, haben wir ein Modell entwickelt, welches wir hier auch vorsichtig einbringen wollen. Also, nicht als „Muss“, sondern als Orientierung, nämlich ein Vereinbarungsplan. Es ist nichts anderes als eine Form von Vertrag zwischen öffentlichen Vertretern und privaten Vertretern, wie man Entwicklungsziele gemeindenah, lokalnah entwickelt, in denen man klärt, wer welche Aufgaben wie übernimmt, wo die Schnittstellen sind, wie der Erfolg oder der Misserfolg überprüft wird, und in denen man verbindlich klärt, wie viel Mittel eingesetzt werden und welche Mittel zur Verfügung stehen, um die Entwicklungs- und Leitziele umzusetzen.

Aber eines ist sicher: Soziale Integration lässt sich nicht verordnen. Soziale Integration lässt sich nicht erzwingen. Soziale Integration hat mit Partizipation, mit Beteiligung, mit Teilhabe und mit Selbstbestimmung zu tun. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir Innovationen und neue Ideen für die Stadtregierungen, aber auch für die NROs hier entwickeln können.

Vielen Dank

Péter Wootsch, Freiberuflicher Experte und Trainer

Einführung zur Methode „Agora-Café“

Guten Tag, meine Damen und Herren. Herzlich Willkommen hier in Berlin. Bienvenue, welcome.

Wir sind heute hier zum ersten Mal zusammen. Sicher haben Sie alle schon viel Zeit mit der Reise verbracht und sind müde. Reisen ist eine physische Herausforderung. Es sind ja auch physische Herausforderungen heute in diesem Raum zu bestehen, weil wir so nah aneinander sitzen. Nah an Personen, die wir nicht kennen.

Die „Agora“ wird uns helfen, mit dieser Situation fertig zu werden. Ich möchte Ihnen diese Idee erklären. Sie wissen, „Agora“ ist ein historisches Phänomen und ein griechisches Wort. Das war ein Marktplatz in der griechischen Gesellschaft der Antike. Ich denke, die „Agora“ war nicht nur vorgesehen als Marktplatz zum Erwerb von Gütern, sondern auch als Treffpunkt für die Menschen. Und, wenn Menschen sich treffen, dann reden sie gewöhnlich miteinander. Und wenn sie miteinander reden, tauschen sie Ideen aus. Und bei jedem Ideenaustausch kann etwas Interessantes daraus resultieren. Wir alle tragen Ideen mit uns und wollen sie heute in dieser „Agora“ austauschen.

Also, die „Agora“ als Treffpunkt für die Bürger. Es ist Ihnen überlassen, den Begriff „Bürger“ zu definieren. Hier bei unserer Konferenz ist die „Agora“ ein Ort, an dem wir uns treffen, um miteinander zu sprechen, zu lernen, um etwas über die anderen Städte zu erfahren. Wir wollen hier in unserer „Agora“ Ideen austauschen. Wir wollen aber auch verschiedene Methoden, Programme Aktivitäten und Elemente unseres Zusammenseins vorstellen.

Wie funktioniert die „Agora“?

Sie sehen in diesem Raum Poster, Präsentationen, Fotos und Dokumente. An den Tischen sind auch Unterlagen zu sehen, die vielleicht für einige von Ihnen interessant sind. Manche von Ihnen haben ja kiloweise Papier und Dokumente mitgebracht.

Wir werden die Möglichkeit haben, die verschiedenen Tische zu besichtigen. Wir werden im Laufe der Konferenz diese Tische als „Häuser“ für die Städte behalten. Wir werden auch die Möglichkeit haben, Städtepräsentationen zu sehen. Es gibt einige Delegationen, die schon PowerPoint-Präsentationen vorbereitet haben. Manche haben keine. Wir möchten aber gerne jeder Delegation die Möglichkeit geben, maximal 10 Minuten zu sprechen.

Wir werden auch die Möglichkeit eines „offenen Austausches“ haben. In diesem „offenen Austausch“ können Sie alle Fragen stellen, die Sie beschäftigen. Wir haben dazu drei Flipcharts mit drei verschiedenen Elementen, die Sie bitte benutzen sollten.

Welche Art von Informationen möchten wir gerne voneinander bekommen? Sie kommen alle aus berühmten Städten, die den meisten Menschen in der Welt bekannt sind. Wir wollen keine Touristeninformationen hören. Wir möchten gerne sehen, was

hinter dem Vorhang passiert und nicht, was den Touristen gezeigt wird. Wir arbeiten mit und für junge Menschen. Wir beschäftigen uns mit sozialen Fragen, den sozialen Zusammenhalt, die Menschenrechte oder die Ausgrenzung betreffend.

Also, was brauchen wir für Informationen? Wollen wir etwas über Stadtgebiete oder über Arbeitsumfelder erfahren? Oder vielleicht wie die Jugendpartizipation im Bezug auf Menschenrechte ist? Oder wie ihre Erfahrungen mit der Kooperation mit NROs, mit der Zivilgesellschaft und der örtlichen Behörde sind?

Hier einige Beispiele:

Die erste Frage: Wo kommen Sie her?

Was denken Sie, war Ihr bisher erfolgreichstes Projekt? Was denken Sie, ist in Ihrer Arbeit die größte Herausforderung, wenn Sie sich mit Jugendarbeit beschäftigen? Was sind Ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen den NROs und den Behörden vor Ort? Wie sind Jugendliche in Ihre Arbeit involviert? Solche Fragen sind für uns von Interesse, aber das sind nur Beispiele.

Wie funktioniert es?

Ich möchte gerne einmal vor der Pause einige Städte einladen, 10 Minuten über sich zu berichten. Und nach der Kaffeepause möchte ich gerne einen Austausch von Gedanken veranstalten.

Während der Städtepräsentationen sammeln Sie bitte Ihre Fragen und Kommentare. Danach werden wir Zeit haben, um diese Fragen zu beantworten. Sie werden dann Ihre Sitzplätze verlassen, die anderen Teilnehmer an deren Tische besuchen und Ihre Fragen direkt stellen können.

Danach werden wir einen zweiten Block für die Vorstellung der Städte haben, gefolgt von einem zweiten „offenen Austausch“.

Und hier ist die Funktion der drei Flipcharts: Also, wenn Sie bestimmte Fragen haben, dann gibt es die Möglichkeit, ein Meeting Point aufzusuchen. Wenn Sie sich also mit jemandem treffen, gibt es drei Fragen zu beantworten (eine Frage pro Flipchart). Sie können die Gedanken wie auch Informationen von anderen Teilnehmern zu diesem Thema benutzen. Die erste Frage lautet: Was ist der interessanteste Punkt für Sie oder die größte Herausforderung in Bezug auf die Teilnahme der Jugend, im Bezug auf die Menschenrechte und den sozialen Zusammenhalt? Wenn Sie mit anderen Personen reden, werden Sie bestimmte Informationen bekommen. Und Sie als Person, als Jugendarbeiter oder als Beamter, Sie können sich fragen: Was sind die Hauptherausforderungen, wenn wir mit diesen Fragen zu tun haben?

Es gibt noch ein anderes Meeting Point (zweiter Flipchart) für gute Beispiele und für beste Praxis. Es ist ja auch wichtig zu erfahren, wer was macht und wie. Wir können da Methoden oder Konzepte voneinander lernen.

Und der dritte Meeting Point und die dritte Frage: Was sind die konkreten Formen, Strukturen und Methoden, die in der städtischen Kooperation zwischen Behörden und NROs dargestellt wurden?

„Alle Leiden der Demokratie können durch mehr Demokratie geheilt werden.“ Das hat ein weiser Mann gesagt. Die Funktion der „Agora“ ist es, unsere demokratischen Gefühle wiederzubeleben. Für die Personen, die in so einer Situation ein wenig

durcheinander sind, möchte ich einige Tipps geben: Es ist ganz leicht, ein Blatt Papier zu nutzen. Das steht Ihnen ja allen zur Verfügung. Sie können damit eine kleine Frageliste falten. Hier, so ist es am einfachsten. Also, Sie können hier dieses Teil nutzen, um zu analysieren. Und Sie können in diesem Teil die Fragen haben, z.B.: „Was mache ich?“, Fragen über sich selbst, die Sie aber auch den anderen stellen können. Oder: Was machen Sie, mit/für junge Menschen? Machen Sie etwas konkret oder indirekt mit ihnen? Sind Sie als Beamter verantwortlich für ein großes Büro oder sind Sie Jugendarbeiter in einem schwierigen Stadtteil? Oder wie sieht es aus mit meiner Stadt und mit den Beziehungen zu den Jugendlichen? Ist die Stadt lebendig, voller Programme oder ist sie voll von Graffiti? Oder wie sieht es aus mit Menschenrechtserziehung? Und wie sieht es aus mit dem „Kompass“? Kennen Sie ihn? Haben Sie ihn schon genutzt? Und, was ist Ihr eigener, persönlicher Kompass für Ihre Menschenrechtserziehung?

Es gibt auch eine Ecke für Ressourcen. Das ist auf diesem Tisch, gerade vor der Dolmetscherkabine. Auf diesem Tisch liegen verschiedene Broschüren, liegen unterschiedliche Unterlagen. Da können Sie sich umtun. Der „Kompass“ liegt in unterschiedlichen Sprachen aus. Auch andere nützliche Materialien liegen in Bezug auf unsere Arbeit aus.

Und später wird es dann noch eine andere Runde geben. Dann möchte ich meine Kollegen bitten, die Workshops für morgen vorzustellen. Das wird auch für alle eine Möglichkeit sein, die Trainer kennen zu lernen, die diesen Prozess vom Anfang bis zum Ende begleiten werden.

Noch eine Information: Wegen der Treffen ist es wichtig, Folgendes nicht zu vergessen: Das wichtigste politische Amt ist der Bürger. Wir sind also Bürger und nehmen an einer „Agora“ teil. Und jetzt möchte ich Berlin bitten, als erstes eine 10-Minuten-Präsentation zu liefern und bitte wegen der Zeitbeschränkung... Bitte, versuchen Sie sich daran zu halten, damit wir dann Zeit haben, einander zu treffen und uns auszutauschen.

Vielen Dank.

Bericht über die europäische Starter-Konferenz „Interkulturelles Lernen und transnationaler Dialog“

Berlin, Brüssel, Budapest, Istanbul, London, Madrid,

Moskau, Paris, Prag, Warschau

14. – 16. November 2005 in Berlin

Das entimon-Programm („entimon - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“) ist ein deutsches Bundesprogramm, welches Projekte und Initiativen gegen Gewalt und Rechtsextremismus bei Jugendlichen unterstützt. Das Projekt, das vom CFB für das entimon-Programm vorgeschlagen wurde, erhielt für zwei Jahre eine finanzielle Unterstützung des BMFSFJ und des Berliner Senats für Bildung, Jugend und Sport. Ende 2006 wird das CFB anhand der erzielten Ergebnisse eine Empfehlung an die Geldgeber formulieren.

Das Konzept einer europäischen Konferenz wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Europarat, insbesondere mit der Leitung des Budapester Jugendzentrums des Europarates im Frühjahr 2005 entwickelt. Die Schirmherrschaft wurde vom Europarat (Direktion Jugend und Kongress der Gemeinden und Regionen Europas) und der Deutschen UNESCO-Kommission anlässlich des Internationalen UNESCO-Tag der Toleranz (16. November) übernommen.

Aufgrund des besonderen Anliegens des CFB, die Zusammenarbeit zwischen NGO's und Kommunen anzuregen und zu unterstützen, wurde als Kriterium für die Auswahl der beteiligten Städte das Bestehen eines Partnerschaftsabkommens zwischen diesen und der Stadt Berlin gewählt. Dies begrenzte die Zahl der europäischen Städte auf neun. Aus diesen Städten wurden die Teilnehmer aus der kommunalen Verwaltung und den Nicht-Regierungsorganisationen rekrutiert.

Konzept der Konferenz

Die Konferenz verband Merkmale eines Trainings und einer Konferenz, mit dem Ziel, eine starke Einbindung der Teilnehmer zu erreichen. Der Schwerpunkt der Konferenz wurde auf Gruppenarbeit und Teilnehmerbeiträge gesetzt, vor und während der Veranstaltung wurde mit professionellen Trainern gearbeitet.

Als Auswahlkriterium der Trainer galt ihre Erfahrung im Bereich der Menschenrechtsbildung, der Antidiskriminierung und der Partizipation, aber auch ihre lokale Anbindung mit entsprechender Kenntnis der lokalen Organisationen, Netzwerke und kommunalen Handlungen im Bereich Jugend, Partizipation und Menschenrechte. Die Organisatoren waren ebenfalls bemüht, in der Trainergruppe hinsichtlich des Alters und des Geschlechts eine Balance zu finden.

Die Erfahrungen internationaler Konferenzen haben gezeigt, dass es schwierig ist, mit politischen Vertretern lokaler Behörden einen kontinuierlichen Dialog aufzubauen, der dann zur Umsetzung von Plänen führt. Aus diesem Grund setzte das CFB auf der Arbeitsebene an. Die Teilnehmer sollten nicht nur die politische Ebene vertreten, sondern sich auch mit praktischen Problemen befassen. Jedoch sollten sie auch in der Lage sein, bei der lokalen Verwaltung Einfluss nehmen zu können.

Von jeder Partnerstadt wurden in der Regel vier Teilnehmer eingeladen, zwei von lokalen NGO und zwei weitere von der örtlichen Behörde, wobei sich alle Teilneh-

mer um Jugendarbeit und/oder Menschenrechtsbildung, Integration, Prävention von Rassismus und Gewalt beschäftigen sollten. Leider entsandten manchen Stadtverwaltungen keine Repräsentanten, oder keine, die den festgelegten Kriterien entsprachen. Die Senatsverwaltung Berlin unterstützte die Anstrengungen der Organisatoren, in dem sie Kontakt mit den Städtepartnerschaften aufnahm und ihre Ansprechpartner in den jeweiligen Städten für die Konferenz sensibilisierte.

Insgesamt musste in mehreren Fällen eine erhebliche Erklärungs- und Überzeugungsarbeit im Vorfeld von den Trainern vor Ort geleistet werden, um die richtigen Ansprechpartner zu identifizieren, um zu wissen, wer in der kommunalen Verwaltung die Entscheidung über ihre Teilnahme an der Konferenz letztendlich treffen würde, und um beide vom Sinn der Teilnahme an der Veranstaltung zu überzeugen. In manchen Fällen (wie z.B. in Warschau) nahmen im Endeffekt keine Vertreter der Stadtverwaltung an der Konferenz teil, in anderen Fällen waren die Namen der Teilnehmer bis kurz vor der Konferenz unbekannt (Moskau, London, Istanbul, Budapest).

Einige Institutionen wurden als Beobachter zur Konferenz eingeladen: Das Anne Frank Zentrum Berlin, das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Deutsch-Französische und Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Bundesagentur für Politische Bildung, das Europäische Netzwerk ENAR und die ARIC-Berlin, die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und das BMFSFJ. Leider waren nur die vier letzten Institutionen während der Konferenz präsent.

Am Ende der Konferenz wurden die Teilnehmer eingeladen, die Felder möglicher Zusammenarbeit zu formulieren und ihr Interesse für angebotene Projektideen zu bekunden. Dies ermöglichte es, die entstandenen Kontakte anhand konkreter Projektvorschläge zu materialisieren und das damit entstandene Netz zwischen den Städten zu visualisieren.

Ziele der Konferenz

Die im Entimon-Projekt eingebettete Konferenz hatte zum Ziel, einen Reflexionsprozess über Demokratieerziehung im weitesten Sinne und Partizipation der Jugend in Kooperation zwischen lokalen Behörden und lokalen NGO's anzuregen, um eine nachhaltige Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und kommunaler Ebene im Bereich der Menschenrechtsbildung und der Prävention von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung aufzubauen. Ziel war dabei nicht etwas Neues zu schaffen, sondern bereits bestehende Strukturen und Netzwerke zu nutzen und Kooperationsprozesse anzuregen bzw. zu optimieren. In der zweiten Phase des Projektes bis Ende 2006 wird weiter darauf hin gearbeitet, dass in jeder Partnerstadt Berlins und in Berlin selbst ein lokaler Aktionsplan institutionalisiert und von der Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft akzeptiert und auch in einem „nachhaltigen Wirkungsplan“ (Sustainable Impact Plan - SIP) integriert wird. Diese SIP sollten aktive Partizipation der Betroffenen beinhalten, ergebnisorientiert und verbindlich sein, sowohl für die Jugendarbeit als auch für die lokale Behörde. Eine zweite europäische Konferenz wird mit denselben Städten Ende 2006 stattfinden.

Evaluation

Die Teilnehmer, Trainer und Beobachter erhielten in ihren Tagungsunterlagen Evaluationsbögen in drei Sprachen (Englisch, Deutsch, Französisch), die am Ende der Konferenz ausgefüllt wurden. Es wurden 39 Fragebögen abgegeben (d.h. über 67 %). Auf diesen Ergebnissen beruht die quantitative Evaluation der Konferenz.

Die Heterogenität zwischen den Teilnehmern war gewollt, und stellte zugleich einen Reichtum und eine zusätzliche Schwierigkeit in der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz dar. Vor allem stellten interkulturelle, sprachliche, und „arbeitskulturelle“ Aspekte Hürden dar, die einen größeren Zeitaufwand in der Kommunikation und in der Verständigung über die unterschiedlichen Hintergründe und Herangehensweisen erforderlich machten.

Allerdings spiegelte diese Tatsache die Realität sowohl der europäischen als auch der kommunalen Kooperation, und bot den Teilnehmern und Organisatoren ein umfangreiches Material in dieser Vorstufe der Zusammenarbeit an. Genau diese Vielfalt kam in Rahmen der Agora-Cafés zur Geltung.

Vorbereitung der Teilnehmer im Vorfeld

Die Teilnehmer wurden im Vorfeld der Konferenz gebeten, eine Präsentation ihrer Stadt im Hinblick auf ihre Tätigkeit im Bereich Jugend, Partizipation und Menschenrechte gemeinsam auszuarbeiten. Insgesamt war dies eine gute Vorbereitung auf die aktive Teilnahme an der Konferenz, ermöglichte eine erste Zusammenarbeit und Absprache zwischen kommunaler Ebene und NGO's zum gemeinsamen Auftritt bei der Konferenz.

Moderation durch Trainer

Die Moderation der Trainer wurde von den Teilnehmern zu 51,5% als sehr gut, zu 45,5% als gut bewertet. Dabei wurden sowohl einzelne Trainer für ihre Arbeit gelobt, als auch die Zusammenarbeit der Trainer und die Idee überhaupt, Trainer für die Konferenz einzusetzen.

Agora-Methode

Die Anwendung der Methode des Agora-Cafés fand großen Anklang bei den Teilnehmern und trug deutlich dazu bei, dass die Teilnehmenden untereinander schnell ins Gespräch kamen. Es wurde ein „Ort der Begegnung und des Austausches für und durch die Bürger“ geschaffen. Die räumliche Gestaltung der Agora (in einem großen Plenarraum, an Städte-Tischen, mit Präsentationen anhand verschiedener Medien der jeweiligen Städte) war eindeutig teilnehmerzentriert, und erlaubte auch einen flexiblen Umgang mit dem Raum und den angebotenen Medien. Dafür eignete sich auch der Tagungsort hervorragend, dessen Professionalität in der Gästebetreuung von den Teilnehmern mit Nachdruck unterstrichen wurde.

Konferenzinhalte

Die interessantesten genannten Programmpunkte bezüglich der Konferenzinhalte waren die fachlichen Vorträge (der Vortrag von Herrn Lauritzen wurde sehr oft genannt), die Workshops, das Agora-Café mit den Städte-Präsentationen. Die Teilnehmer betonten auch, wie sinnvoll es für sie gewesen ist, andere Organisationen/

Methoden/Probleme kennen zu lernen und dazu Erfahrungen auszutauschen. Diese Themen hätten die meisten Teilnehmer gern noch vertieft.

SIP und Projektvorschläge

Das Thema SIP wurde positiv bewertet, vor allem in Verbindung mit den konkreten Projektvorschlägen und Ideen, die sich am Ende der Konferenz herauskristallisiert hatten. Dabei wurde die Schwierigkeit deutlich, von der projektbezogenen Ebene zur strategie- und planungsbezogenen Ebene zu wechseln. Manche NGO's haben durchaus die Potentiale des Austausches erkannt, und halten nach unseren Informationen nach der Konferenz weiterhin Kontakt zu den entstandenen Kontaktpersonen in anderen Städten.

Praxisrelevanz

54,5% der Teilnehmer, die die Evaluationsbögen ausgefüllt haben, fanden die Veranstaltung sinnvoll, 45,5% sogar sehr sinnvoll. Als erste Begründung für diese Bewertung haben fast 40% die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und Netzwerkarbeit zu leisten genannt. Fast 88% der Teilnehmer, die einen Bogen ausgefüllt haben, bescheinigten, während der Konferenz Anregungen für den Alltag erhalten zu haben. Die Teilnehmer hätten sich aber auch oft mehr Hinweise und Beispiele gewünscht, um die Charta in die Praxis umzusetzen und für konkrete Projekte nutzen zu können. Dadurch wurde auch klar, dass das Interesse für dieses bisher von vielen unbekannte Instrument durchaus geweckt wurde.

Schlussfolgerungen

Die zehn teilnehmenden Städte repräsentieren ein Mosaik verschiedener Kulturen und decken eine komplexe internationale Realität ab, aber sie sehen sich bezüglich ihrer Praktiken und Strategien in Bezug auf HRE und RAXI auch denselben Problemen ausgesetzt. Diese Konferenz war der Startpunkt für einen Erfahrungsaustausch und der Anfang einer Kooperation in diesen Bereichen.

Die Hohe Lernbereitschaft und Neugierde der Teilnehmer insgesamt gegenüber anderen Praktiken und Projekten, sowie ihr starkes Interesse am Vertiefen der Fachthemen sind eine sehr gute Grundlage für konstruktive und kreative Zusammenarbeit. Diese Kraft wird bei der Folgekonferenz in den einzelnen Konferenzteilen gezielt genutzt werden können.

Sehr positiv anzusehen ist die Tatsache, dass die Information über die Existenz der Charta angekommen ist und Interesse geweckt wurde. Die Möglichkeiten, die Charta bei der Prävention von RAXI in den Metropolen könnten klarer gezeigt werden. Auch das gemeinsame Entdecken und Entwickeln konkreter Formen des Co-Managements und der Partizipation in einer Demokratie scheint für die Teilnehmenden ein großes Motivations- und Kooperationspotential zu enthalten, der im Vorfeld der Folgekonferenz und während dieser konstruktiv genutzt werden kann.

Offensichtlich sollte ein Schwerpunkt auf die Einbeziehung der kommunalen Verwaltungen gesetzt werden, da dies verschiedene Hürden mit sich bringt. Hier könnte das CFB die Teilnehmer mit seiner Vernetzung und mit seinen Partnern unterstützend agieren.

Das für die Europäische Konferenz gewählte Format scheint gelungen zu sein, sowohl unter methodischen, organisatorischen als auch inhaltlichen Aspekten. Insbesondere durch die Verbindung des Lernens und sich Treffens/Kontakte knüpfen zugleich ist ein interessanter Spannungsbogen zwischen Training und Konferenz entstanden.

Für die Fortführung des Projektes ist die Aufrechterhaltung des Elans, mit dem die Teilnehmer an der Konferenz teilgenommen haben, extrem wichtig. Im hohen Maße hängt dies von den Teilnehmern selbst ab. Das CFB wird aber auch die Teilnehmer im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen, den Kontakt aufrecht zu erhalten. Im Laufe des Jahres 2006 wird dies u. A. durch die CFB-Internetseite sowie eine Newsletter passieren.

Berlin, im Januar 2006